

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 4/2014



Recht auf faires Verfahren

Die Akte IM Roland

Unorthodoxe Verkündigung

Aktuell

- 3 Präsentation des Forschungsberichtes zur Zwangsarbeit
Opfer brauchen Sitz und Stimme
Für europäische Erinnerungskultur
Kommentar

Recht

- 4 Recht auf ein faires Verfahren

International

- 5 Innerer Widerstand gegen Kim Jong-un?
Zunahme russischer Spionage

Thema

- 6 Der Major im schwarzen Talar
- 8 Die Kirchturmruhr

Berichte

- 10 Die Wucht der Bilder
- 11 „Revolution ohne Revolution“
- 12 „Freiheit ist ein komplexes Thema“

Verbände

- 14 Sühnekreuzweg in Sachsenhausen
Gedenken des Volksaufstandes 1953 in Chemnitz
Aufruf zum 17. Juni in Berlin
Suchanzeige
- 15 Neuwahl bei der VOS
InterAsso
Cottbus: Wanderausstellung

Service/Bücher

- 16 Wohn-Haft
Im Zweifel gegen den Angeklagten
- 17 Der nicht aufgibt
Gelebte Geschichte
- 18 Die Solistin
Und der Westen schwieg
- 19 „Du Werwolf“

Service/Veranstaltungen

17–19

Umschlagbild

Am Karfreitag 2014 demonstrierten Opfer von DDR-Zwangsadoptionen – Kinder und Eltern – vor dem Brandenburger Tor in Berlin für die politische und historische Aufarbeitung dieses noch zu wenig beachteten Kapitels der DDR-Geschichte. Veranstalter war der Verein Hilfe für Opfer von DDR-Zwangsadoptionen OvZ-DDR e.V. in Kooperation mit der UOKG.

Foto: Willi Wuff

Sorgen und Sörgchen


Von Horst Schüler

Will mal versuchen, Sie, verehrter Leser, tüchtig zu verwirren. Also: An der Philosophischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität gibt es seit 2003 ein „Zentrum für Transdisziplinäre Geschlechterstudien“. Entstanden ist es aus dem bereits 1989 gegründeten „Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung“. Sie liegen richtig, wenn Sie vermuten, daß es sich um Wissenschaftlerinnen handelt, die sich dem Feminismus verschrieben haben. Eine von ihnen heißt Lann Hornscheidt. Mir anezogene Höflichkeit gebietet zwar, FRAU Lann Hornscheidt zu schreiben, doch das möchte sie nicht. Lann Hornscheidt also hat jüngst eine von ihr und der Arbeitsgemeinschaft „Feministisch Sprachhandeln“ herausgegebene Broschüre vorgestellt, in der es um geschlechtergerechte Sprache geht. Nach allgemeinem Verständnis ist Lann Hornscheidt Professorin, sie allerdings nennt sich „Professx“ (gesprochen: Professix), möchte sie sich doch in der Anrede nicht bereits als Mann oder Frau identifiziert sehen. Das nämlich reiht sie nach ihrem Selbstverständnis in „wirkungsmächtige soziale Kategorien“ ein, und es kommt für Gleichgesinnte einer Diskriminierung gleich.

Nun ist der Feminismus zweifelsfrei ein sehr wichtiges Forschungsfeld, und es gibt dort aller erzielten Fortschritte zum Trotz noch genügend Lücken, die bearbeitet werden müssen. Die von Professx Hornscheidt allerdings vorgetragene Erkenntnisse haben das „Hamburger Abendblatt“ zu der sarkastischen Frage genötigt, welche Drogen man eigentlich nehmen müsse, um so einen Leitfaden zu erfinden und welche Probleme ein Land hat, daß „vermeintliche Diskriminierungen in der Sprache zu einem solchen Problem aufbauscht.“ Dieser Wertung schließe ich mich an, und nun sei es denn auch genug des Verwirrspiels, kommen wir zu den Problemen, die es verdienen, so genannt zu werden. Ach, Himmel und Hölle, wo anfangen, wo aufhören? Da lauern die mit der Einwanderung verbundenen Fragen auf Lösungen, da werden wir vom Staat zu Einsparungen aufgefor-

dert, derweil manche seiner Bediensteten die von uns gezahlten Steuern verschwenden, da gibt es politische Strömungen, die mit unserem Verständnis von Demokratie nichts gemein haben, da wird in der Schulpolitik mit allerlei Reformen mehr verwirrt als geklärt, da scheint einigen Richtern das Wohl der Täter wichtiger als das der Opfer zu sein, und von den Sorgen, die außerhalb unseres Landes die Menschen ängstigen, wollen wir gar nicht erst sprechen.

Als ein Organ der Opfer kommunistischer Gewaltpolitik liegen uns deren Probleme natürlich besonders am Herzen. Nun werden wir ja noch 2014 des Falls der Berliner Mauer und der Öffnung der DDR gedenken, was sicherlich manchem Politiker Anlaß sein wird, sich mal wieder verdienstvoll auf die eigene Schulter zu schlagen. Wir jedoch, die in den kommunistischen Gefängnissen und Lagern litten, die wir dort viele unserer Kameradinnen und Kameraden verloren haben, wir haben die Nase gestrichen voll von Sonntagsreden. Uns ist wichtiger, was im 2013 zwischen CDU, CSU und SPD geschlossenen Koalitionsvertrag steht. Ein Kapitel dort trägt den Titel: „Umgang mit dem SED-Unrecht“. Unter anderem wird darin zugesagt, die monatlichen Zuwendungen für ehemalige politische Häftlinge zu erhöhen, die medizinische Begutachtung für während der Haft erlittene gesundheitliche Schäden zu verbessern, vor allem aber soll auch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur finanziell stabilisiert werden. Letzteres ist deshalb so ungemein wichtig, hängt doch von den finanziellen Hilfen der Stiftung die Arbeit, ja, oft sogar das Bestehen der Opferverbände ab.

Auf denn, Ihr Damen und Herren im Bundestag. Beschließt endlich, was Ihr versprochen habt. Und die oben genannten Damen, die nicht so genannt werden wollen, sie mögen verzeihen, wenn wir ein wenig über ihre Probleme schmunzeln. Mag ja sein, daß wir zu bestimmten Erkenntnissen einfach (noch) nicht fähig sind. 


Präsentation des Forschungsberichtes zur Zwangsarbeit

(uokg) Der vor einem Jahr von der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft in Auftrag gegebene und von IKEA finanzierte Forschungsbericht zur Zwangsarbeit wird am **16. Juni 2014, 14.00 Uhr**, in den Räumen der Deutschen Gesellschaft, Voßstraße 22, 10117 Berlin, vorgestellt.

Der Leiter des Projektes, Dr. Christian Sachse, erklärte dazu: „Nach einem Jahr angespannter Recherchen können wir an


Hunderten Details nachweisen, daß die Zwangsarbeit in der DDR wirtschaftliche Ausbeutung mit politischer Repression zu einem staatlich gesteuerten System verband. Dieses Wissen war im Westen Deutschlands über die vier Jahrzehnte der Teilung hinweg präsent.“ Der Vorsitzende der UOKG, Rainer Wagner, lenkte den Blick auf die weiteren Schritte: „Der Forschungsbericht zur Zwangsarbeit in der DDR benennt differenziert die Verantwortung der Bundesregierung, der Firmen im

Westen, aber auch der Volkseigenen Betriebe und staatlichen Funktionäre in der DDR. Wir fordern im Namen der Opfer, daß alle ihrer Verantwortung nachkommen und gemeinsam mit der UOKG über Wege der Entschädigung sprechen.“

Zu diesem Zweck beruft die UOKG noch 2014 einen Runden Tisch Zwangsarbeit ein. Sie geht davon aus, daß sich keine der Firmen und Institutionen ihrer Einladung entziehen wird. 

Opfer brauchen Sitz und Stimme

(st) Der Vorsitzende des Dachverbands der SED-Opfer, Rainer Wagner, hat erneut gefordert, die Opfer der Diktatur an der geplanten Expertenkommission zur Zukunft der Stasi-Unterlagenbehörde zu beteiligen. „Die Frage nach der Zukunft der Behörde ist für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung. Denn die Akten, welche Gegenstand der Beratungen

der Kommission sein werden, sind unsere Akten. In den Stasi-Akten sind unsere Verfolgung, unser Leid und unser Schicksal dokumentiert. Es wäre geradezu grotesk, würde in dieser Frage über die Köpfe derer hinweg entschieden werden, die am schwersten unter dem SED-Regime gelitten haben. Deshalb müssen die Opfervertreter unbedingt Sitz und Stimme in der Kommission bekommen.“ 

Digitaler „stacheldraht“

Um Druck- und vor allem Portokosten zu sparen, soll die Zeitschrift „der stacheldraht“ noch in diesem Jahr als pdf-Dokument Online angeboten werden.

Abonnenten, die von diesem Angebot Gebrauch machen und auf die Papierausgabe verzichten würden, bitten wir um eine kurze Mitteilung per E-Mail an: der-stacheldraht@web.de

Die Redaktion

Für europäische Erinnerungskultur

(BsA) Mehr als 100 Politiker, Wissenschaftler und Intellektuelle aus Europa und Nordamerika kritisieren die aktuelle Gedenkpolitik in Europa. „Wer an den Ersten Weltkrieg erinnert, muß über dessen Folgen sprechen!“, ist ihr Manifest für eine europäische Erinnerungskultur überschrieben. Zu den Initiatoren zählen die Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung, Anna Kaminsky, der Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Markus Meckel, und der Leipziger Osteuropaexperte Stefan

Troebst ebenso wie der deutsch-französische Historiker Étienne François und der aus Ungarn stammende Schriftsteller und Publizist György Dalos.

Die Unterzeichner beklagen, daß die Bedeutung der friedlichen Revolutionen gegen den Kommunismus im Jahre 1989 in der westeuropäisch geprägten Erinnerungskultur nicht ausreichend erkannt wird. Erst mit der Überwindung der Diktaturen habe für die ostmitteleuropäischen Staaten das „Zeitalter der Extreme“ geendet, das

mit dem Ersten Weltkrieg vor 100 Jahren seinen Anfang genommen habe. Die friedlichen Revolutionen des Jahres 1989 müßten europaweit als herausragendes Ereignis der europäischen Freiheitsgeschichte begriffen werden. Aus Sicht der Unterzeichner würden die bisherigen Planungen insbesondere der europäischen Institutionen zum 25. Jahrestag der friedlichen Revolutionen deren Bedeutung nicht gerecht. Dies sei in einer Zeit, in der die Idee der europäischen Integration angesichts anhaltender ökonomischer Schwierigkeiten immer stärker in Frage gestellt wird, ein schweres Versäumnis. 

Kommentar

Revolution, unvollendet

Vor dem Amtsgericht Berlin-Tiergarten standen zwei Männer, die 2012 bei einer Gedenkfeier für die Opfer der Berliner Mauer in FDJ-Hemden erschienen waren und mit Transparenten gegen Bundeswehreinräufe demonstrierten. Die FDJ ist seit 63 Jahren durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts als verfassungsfeindliche Organisation verboten, allerdings gilt dieses Verbot nur für die damals eigenständige Organisation FDJ der alten Bundesrepublik Deutschland.

Die FDJ als „Kampfeserve der SED“ war tief verstrickt in die Verbrechen der SED-Diktatur, weil sie auch durch ihre Sekretäre bei den NVA-Grenztruppen ideologischer Einpeitscher der Haßerziehung und der Bejahung des Schießbefehls war. Bis heute sind ehemalige FDJ-Funktionäre der NVA in verantwortlicher Stellung der Bundespolizei tätig, wie der Journalist Roman Grafe herausgefunden hat.

Doch Amtsrichter Rische lächelte über die FDJ, fand sie geschmacklos, stellte fest: „Geschmacklosigkeit ist kein Straftatbestand“ und sprach die beiden Demonstranten frei. Was wohl die damals anwesenden Opfer der SED-Diktatur, angesichts der an der Mauer ermordeten Menschen, vom Rechtsstaat denken?

In diesem Jahr hat die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur noch keine zusätzlichen Mittel für ihre wichtigen Aufgaben, zu denen auch die Förderung zahlreicher Projekte zur kritischen Auseinandersetzung mit Geschichte und Folgen des kommunistischen Systems gehören, von der Bundesregierung erhalten. All das findet 25 Jahre nach der friedlich-demokratischen Revolution statt, die einmal mehr als „unvollendet“ gelten muß, weil es die Nachfolger der SED geschafft haben, die Verfolgten dieser Diktatur erneut zu demütigen. Es bleibt der Verdacht, daß die Ignoranz gegenüber den Opfern der DDR-Diktatur Methode hat. Dies darf nicht hingenommen werden.

Anton Odenthal

Recht auf ein faires Verfahren

Europäische Menschenrechtskonvention garantiert öffentliche Verhandlung

Bereits in der vorigen Ausgabe wurde über einen bedeutenden Mißstand des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) berichtet. Nämlich über die Tatsache, daß eine mündliche Verhandlung im StrRehaG nicht zwingend vorgeschrieben ist. Aus Anlaß eines aktuellen Fachartikels des renommierten Münchner Rechtswissenschaftlers Philipp Mützel in der Zeitschrift für offene Vermögensfragen vom Anfang dieses Jahres soll jener Mißstand hier noch einmal behandelt werden.

Aus der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK)

Art. 6 Recht auf ein faires Verfahren. (1) Jede Person hat ein Recht darauf, daß über Streitigkeiten in Bezug auf ihre zivilrechtlichen Ansprüche und Verpflichtungen oder über eine gegen sie erhobene strafrechtliche Anklage von einem unabhängigen und unparteiischen, auf Gesetz beruhenden Gericht in einem fairen Verfahren, öffentlich und in angemessener Frist verhandelt wird. Das Urteil muß öffentlich verkündet werden; [...]

(3) Jede angeklagte Person hat mindestens folgende Rechte: [...]

d) Fragen an Belastungszeugen zu stellen oder stellen zu lassen und die Ladung und Vernehmung von Entlastungszeugen unter denselben Bedingungen zu erwirken, wie sie für Belastungszeugen gelten; [...]

Der Artikel Mützels hat Art. 6 Abs. 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und dessen Anwendbarkeit im Rahmen des StrRehaG zum Gegenstand. Art. 6 der EMRK schreibt vor, daß jede Person ein Recht auf ein faires Verfahren hat. Dieses beinhaltet auch das Recht auf eine öffentliche Verhandlung. In seinem Beitrag beleuchtet der Autor zunächst das in Ausgabe 4/2014 des „stacheldrahts“ vorgestellte Urteil des Verfassungsgerichtshofs des Landes Brandenburg (VerfG Brandenburg, Urteil vom 24.1.2014, Az: VfGBbg 2/13). In diesem Urteil hat das Verfassungsgericht die Rechte der Antragsteller in einem Verfahren über den Bezug bereits gewährter Ausgleichsleistungen gestärkt. Dem Antragsteller wurde eine mündliche Anhörung in beiden Vorinstanzen verweigert. Dies konnte das Verfassungsgericht nicht billigen und hat die Sache an das Oberlandesgericht mit der Maßgabe zurück-

verwiesen, den Antragsteller persönlich anzuhören. Mützel nimmt dies zum Anlaß, um die derzeitige Rechtslage und die Diskussion im Schrifttum im Hinblick auf § 11 Abs. 3 StrRehaG vorzustellen. Das ist jene Vorschrift, in der die mündliche Verhandlung in Verfahren des StrRehaG geregelt ist. Hier heißt es, daß zwar grundsätzlich keine mündliche Anhörung stattfindet, das Rehabilitierungsgericht aber unter bestimmten Umständen eine mündliche Erörterung anordnen kann, wenn es dies zur Aufklärung des Sachverhalts oder aus anderen Gründen für erforderlich hält. Leider hielten es die Gerichte bislang so gut wie nie für notwendig. Eine persönliche Anhörung des Antragstellers ist die absolute Ausnahme.

Im überwiegenden Teil des Schrifttums wird das, den Ausführungen Mützels zufolge, kritisiert. Es wird, auch von Mützel selbst, davon ausgegangen, daß es eine erhebliche Zahl von Fallkonstellationen gibt, bei der die Gerichte rechtliches Gehör gewährleisten müßten. Unter bestimmten Umständen sei das Gericht im Hinblick auf das Ermessen in § 11 Abs. 3 StrRehaG in seinem Ermessen gebunden. Das heißt, es kann nur eine richtige Entscheidung geben. Zwar sei auch eine telefonische Anhörung grundsätzlich zulässig – insbesondere vom Landgericht Berlin werde dies praktiziert –, sie sei aber nicht schrankenlos. So sollte der Antragsteller zumindest vorher über die telefonische Befragung informiert werden. Dem Antragsteller solle die Möglichkeit eingeräumt werden, einen Beistand hinzuzuziehen und schließlich solle das Gespräch protokolliert und von dem Betroffenen genehmigt werden.

Dann geht Mützel auf Art. 6 der EMRK ein und stellt die konkrete Anwendbarkeit der Europäischen Menschenrechtskonvention auf die Rehabilitierungsgesetze fest, wobei er Bezug nimmt auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte aus dem Jahr 2000, in dem diese Frage hinsichtlich des polnischen Rehabilitierungsgesetzes bereits entschieden wurde (EGMR-Entscheidung vom 25.5.2000, Nr. 31382/96). Nach Klärung dieser formalen Anforderungen leitet der Autor die durch Art. 6 EMRK festgelegten Verfahrensgarantien ab. Das Recht auf eine öffentliche mündliche Anhörung und weitere Rechte, wie die öffentliche Ver-

kündung des Urteils (im Rehabilitierungsverfahren: Beschluß), die Pflicht der Gerichte, alle maßgeblichen Tatsachen- und Rechtsfragen selbst zu entscheiden (und sich nicht sklavisch an die DDR-Akten zu halten), sowie das Recht auf Begründung der Entscheidung – bei uneingeschränkt stattgebenden Beschlüssen ist dies nämlich nach geltender deutscher Rechtslage nicht notwendig.

Als Fazit bleibt die Meinung des Autors, „daß die gerichtliche Wiedergutmachung für Menschenrechtsverletzungen in der DDR in den allermeisten Fällen bisher in einem nicht menschenrechtskonformen Verfahren erfolgte. Damit sollte es nun vorbei sein.“ Der Beitrag Mützels ist freilich nur einer in der Debatte um die Anhörungsrechte Betroffener. Es wäre wünschenswert, würden die Gerichte dieser Auffassung folgen und den Betroffenen endlich das Recht auf persönliche Anhörung geben. Damit dieses Recht schnell umgesetzt werden kann, ist aber der Gesetzgeber gefordert. Er muß die Gerichte durch ein nationales Gesetz verpflichten, den Antragstellern endlich das Recht auf eine öffentliche mündliche Anhörung zu gewähren. So könnten auch Auswüchse wie die bereits oben geschilderte Berliner Praxis, Antragsteller teils in den späteren Abendstunden unangekündigt anzurufen und zu befragen, beseitigt werden. Durch solche Anrufe werden die Antragsteller überrumpelt und überfordert. Ob gewollt oder ungewollt, entfalten solche überraschenden Anrufe eine manipulative Wirkung und verkehren den Grundsatz eines fairen Verfahrens in sein Gegenteil. Eine persönliche, öffentliche Anhörung hingegen gibt dem Antragsteller die Möglichkeit, in würdevoller Weise sein Schicksal zu schildern und auch Nuancen zu offenbaren. Sie schafft Transparenz und ein höheres Maß an Rechtssicherheit. Am Ende könnte dann Realität werden, was der von Mützel zitierte Schriftsteller Erich Loest bereits 1991 anmerkte: „Öffentlichkeit kann Balsam sein.“

Florian Kresse, Jurist

(Philipp Mützel: „Die Garantie einer öffentlichen Verhandlung im strafrechtlichen Rehabilitierungsverfahren nach Art. 6 Abs. 1 EMRK – Anmerkungen zu § 11 Abs. 3 StrRehaG“, erschienen in ZOV 1/2014, S. 2–10)

Innerer Widerstand gegen Kim Jong-un?

Die „Wahlen“ zur Obersten Volksversammlung Nord-Koreas am 8./9. März 2014 liefen nach üblichem kommunistischem Schema ab und fanden in westlichen Medien verständlicherweise kaum Beachtung. Dennoch waren sie von entscheidender Bedeutung, weil sie zum ersten Mal dokumentierten, daß auch der Macht des jungen Diktators Grenzen gesetzt sind.

Seit Ende letzten Jahres hatte Kim Jong-un seine jüngere Schwester Kim Yo-jong überaus auffällig in den politischen Vordergrund geschoben. Den nordkoreanischen Massenmedien konnte man entnehmen, daß sie wohl bald zur Ministerin für Leichtindustrie und in der allmächtigen Staats-Partei der Arbeiter ebenfalls in eine führende Position aufzurücken würde. Erstmals wurde ihr Bild wiederholt im Staatsfernsehen gezeigt und dabei ihre Rolle stets als „verantwortliche Mitarbeiterin im Zentralkomitee der Partei“ bezeichnet. Wohl als einzige Zeitung Europas hat das „Luxemburger Wort“ schon damals stärkere Differenzen zwischen jener 26-Jährigen und den alten Partei-Veteranen prognostiziert.

So kam es dann: In der Tat stand sie auf der Liste der 687 Kandidaten. Auch direkt nach Beendigung des Wahlvorgangs am

9. März abends wurde sie im Fernsehen Pjōngjangs allzu schnell als Gewählte genannt. Doch auf der Tage danach veröffentlichten amtlichen Liste jener auserkorenen Volksvertreter fehlt ihr Name! Das Bestreben Kim Jong-uns, sie in die Spitze seines Regimes zu integrieren, scheiterte also. Ihr Name wird in den Medien Nord-Koreas gegenwärtig auch nicht mehr genannt. Es wird aufschlußreich sein, ihren weiteren Werdegang zu verfolgen – wird dieser doch Einblicke in die wahren Machtverhältnisse des Landes gewähren.

Der Name Kim Kyong-hui, Witwe des am Jahresende 2013 ermordeten Jang Song-thaek, war ebenfalls der Liste der Kandidaten und dann auch der Wahlsieger zu entnehmen. In Wahrheit aber handelt es sich um eine gleichnamige Frau aus einer kleinen Region an der chinesischen Grenze, die zudem bisher nie in der politischen

Öffentlichkeit auftrat. Ist dies bloßer Zufall oder soll der Außenwelt ein falsches Bild vermittelt werden? Glaubt man dem japanischen Fernsehen, so befindet sich die eigentliche Kim Kyong-hui auf Kur in der Schweiz. Tatsache ist, daß sie unter starken Depressionen leidet. Als ihre Tochter Geum-song vor Jahren den Befehl bekam, ihr Studium in Paris abzubrechen und ins heimatliche „Paradies“ zurückzukommen, zog diese die Selbsttötung vor.

Friedrich-Wilhelm Schlomann



Kim Jong-un (vorn) mit Militärs und seine 26jährige Schwester Kim Yo-jong (im Kreis).

Foto: nordkoreanisches Fernsehen

Zunahme russischer Spionage

Es kann nicht überraschen, daß während der jüngsten Zeit die Spionage Moskaus gegenüber Westeuropa stark zugenommen hat. Vor einigen Wochen gab der Präsident des deutschen Bundesamtes für Verfassungsschutz einen näheren Einblick in das heutige Vorgehen russischer Dienste. Dieses scheint in allen westeuropäischen Ländern ähnlich zu sein.

Wie schon früher, geht die Spionage größtenteils von der jeweiligen russischen Botschaft aus. Bis zu einem Drittel der dortigen Diplomaten sind Angehörige des Auslandsnachrichtendienstes Slushba Wneschnej Raswedki (SWR). Seine wichtigsten Ziele sind gegenwärtig die Beschaffung jeglicher Informationen aus dem politischen Bereich der EU in Brüssel und über die Ansichten in Berliner Regierungskreisen, ebenso Lageberichte aus dem NATO-Bereich und nicht zuletzt Informationen über Spitzentechnologien in Forschungs- und Wirtschaftsunternehmen.

Attentate und Mordanschläge scheinen als geheimdienstliche Mittel so gut wie aufgegeben worden zu sein. Auch die Anwerbung von Spionen durch Erpressung dürfte nur noch sehr selten stattfinden. Interne Nachrichten werden fast ausschließlich durch die sogenannte Offene Beschaffung gewonnen. Dabei macht die Ahnungslosigkeit vieler Menschen in Westeuropa – gerade von jüngeren Politikern, die den Kalten Krieg nicht mehr miterlebt haben – es den SWR-Mitgliedern allzu oft recht leicht.

Die Spionage beginnt in der Regel mit einer harmlosen Einladung zu einem Empfang in der russischen Botschaft, wo interessant erscheinende Gäste in Fachdiskussionen verwickelt werden, die bald in stets wechselnden Restaurants fortgesetzt werden. Sehr schnell wird von russischer Seite eine persönliche Freundschaft vorge-täuscht, allerdings mit dem alleinigen Ziel, sensible Erkenntnisse zu erlangen. Um

keinerlei Verdacht auf Spionage entstehen zu lassen, wird der Gesprächspartner im Gegensatz zu früher nicht mit Geld belohnt, er erhält aber wertvolle Geschenke. Sollte sich im Laufe der Zeit eine direkte Spionagetätigkeit entwickeln, wird der Gesprächspartner aufgefordert, vor allem niemals in der Botschaft anzurufen. Eigentlich müßte spätestens zu diesem Zeitpunkt auch der Sorgloseste den nachrichtendienstlichen Charakter der Verbindung erkennen. Allein in Berlin wurden im vergangenen Jahr über 100 solcher Anwerbungsversuche bekannt – die Dunkelziffer dürfte wesentlich höher liegen.

F.-W. Schlomann

Da lacht der Klassenfeind

„Er fühlte sich dann abgestoßen vom Faschismus und er zieht sich in die innere Integration zurück.“

(aus: Konjak, Deutsche Vita und der normale Hahn, BStU 2010)

Der Major im schwarzen Talar

Die nebenberuflichen Tätigkeiten des Pfarrers Giebeler

Von Peter Schneider

Der am 13.10.1925 in Berlin geborene Eckart Giebeler war ein zuverlässiger Inoffizieller Mitarbeiter (IM) des MfS. Zahlreiche finanzielle Zuwendungen belegen, daß seinen Spitzelberichten über politische Häftlinge ein besonderer Stellenwert bei der Informationsbeschaffung zukam.

Der Vorgang des Pfarrers wurde bereits Mitte 1959 beim Ministerium der Staatssicherheit angelegt, wobei er zu dieser Zeit schon auf der Gehaltsliste des Ministeriums des Innern (Mdl) stand, im Rang eines Majors. Seit 1954 war er

als Anstaltspfarrer tätig. Von 1954 bis 1990 arbeitete er ununterbrochen in Strafvollzugsanstalten, u.a. in der StVA Brandenburg, als Seelsorger. Wie aus den Stasi-Akten hervorgeht, hatte Giebeler so gut wie keine offiziellen Kontakte zu anderen Geistlichen in der DDR. Im Gegenteil: laut mehrerer Aktenvermerke wurde dies von seinen Kollegen abgelehnt. Deshalb ist auch zu vermuten,

daß ihnen der Kontakt zur Staatssicherheit durchaus bekannt gewesen ist. Seine Frau und die beiden Kinder wußten den Akten nach zumindest in den Anfangsjahren nichts von seiner Tätigkeit als IM. Die offizielle Zusammenarbeit mit IM Roland (den Namen hatte er sich selbst ausgesucht) wurde am 29.05.1959 in seinem Büro der StVA Brandenburg durch Handschlag mit dem Leiter der Dienststelle, Hauptmann Kieback, besiegelt. Jedoch lieferte Giebeler auch vor diesem Zeitpunkt schon zahlreiche Berichte über Inhaftierte an seinen Arbeitgeber. Ebenfalls steht fest, daß er von der Evangelischen Kirche der DDR nach Anstellung beim Mdl nicht mehr bezahlt wurde.

Spitzel aus Überzeugung

Auch wenn Giebeler noch bis kurz vor seinem Tod die Zusammenarbeit mit dem MfS bestritt, finden sich in seinen Akten mehrere Hinweise darauf, daß „er aus Überzeugung“ nicht nur Inhaftierte sondern auch andere Pfarrer und Mitarbeiter des Strafvollzugs bespitzelte. Wie erfolgreich er in seiner Arbeit war, belegen die zahlreichen „ausgezählten Beträge“ des MfS. Die Treffen mit seinen Verbindungs-offizieren fanden in der Regel alle zwei bis vier Wochen in seinem Brandenburger Büro statt. Dort hat IM Roland – meist mündlich – über Häftlinge berichtet.

Zunächst fertigte der IM schriftliche Aufzeichnungen an bzw. berichtete seinem MfS-Führungsoffizier. Dieser schrieb nach dem Treffen einen sogenannten „Treffbericht“. Bei den Treffen erhielt der IM auch Instruktionen zu neuen Aufgaben, und es wurden die Namen der Personen genannt, die er auszuspähen hatte. Ab Mitte 1989 wurde er offensichtlich mit einem Tonbandgerät ausgestattet, weil sich ab diesem Zeitpunkt mehrere Abschriften von Tonbandaufzeichnungen in seiner Akte befinden. Bei diesen Aufzeichnungen handelte es sich meist um Gespräche mit anderen Geistlichen.

Einen sehr umfangreichen Bericht über inhaftierte Zeugen Jehovas fertigte IM Roland am 02.08.1971 an. Darin unterstellte er diesen einen negativen Einfluß auf Mitgefangene, ohne allerdings schriftlich Namen zu nennen.

IM Roland lieferte jedoch nicht nur Berichte über Inhaftierte in den Haftanstalten. Verstärkt ab Anfang der 70er Jahre gab er auch „wertvolle“ Informationen aus Kirchenkreisen weiter. Dabei wurde er u.a. auf bestimmte Personen gezielt angesetzt. Diese Arbeit wird in den Jahresberichten über den hochgeschätzten IM immer wieder bestätigt.

Gieblers Haupttätigkeit als Informant bestand darin, kirchliche Würdenträger, Mitarbeiter der Kirche bzw. Kirchenkreise abzuschöpfen sowie Strafgefangene und Mitarbeiter der Strafvollzugsanstalten zu bespitzeln. In einem Protokoll vom

09.10.1981 beschwerte sich der IM darüber, daß in der Haftanstalt Brandenburg ein Vertragsarzt „mit derart vielen Westverbindungen“ tätig sei.

Bei all dem Leid, daß Eckart Giebeler bewußt und aus Überzeugung den politischen Häftlingen zufügte, fanden sich in den Stasi-Unterlagen auch Hinweise, daß er einige Briefe wohl am MfS vorbei, u.a. von Hoheneck nach Cottbus bzw. Bautzen, übermittelte. Meist handelte es sich um Frauen, die ihren Ehemännern in den anderen Gefängnissen persönliche Mitteilungen auf diesem Wege zukommen ließen. Entsprechende Vermerke sind in den Akten zwar zu finden, jedoch hat die Staatssicherheit da wahrscheinlich ein Auge zugedrückt, um seine Glaubwürdigkeit gegenüber den Strafgefangenen zu unterstützen.

Die BILD-Zeitung deckt auf

Seine Spitzeltätigkeit blieb jedoch den politischen Häftlingen nicht verborgen. So gab es besonders in der StVA Brandenburg Ende der 70er Jahre immer wieder Gerüchte unter den Häftlingen. Da Pfarrer Giebeler nicht nur ein Büro in der Haftanstalt hatte, sondern sich auch mit einem Schlüssel dort recht frei bewegen konnte, wurde dies von den politischen Häftlingen richtig interpretiert. Des weiteren mußten einige Häftlinge feststellen, daß die Seelsorge von Pfarrer Giebeler direkt zur Stasi führte.

Einer der freigekauften Häftlinge wandte sich Anfang Juni 1979 an die BILD-Zeitung, die IM Roland entlarvte. Über den für das MfS unangenehmen Vorfall sind entsprechende Aktennotizen dokumentiert. Konsequenzen oder gar die Beendigung seiner Arbeit kamen für die Staatssicherheit offensichtlich nicht in Betracht. Jedoch dürfte der Artikel vom 6. Juni 1979 bei seinen Pfarrer-Kollegen nicht unbeachtet geblieben sein.

Das MfS zeigt sich erkenntlich

Aufschlußreich ist ein Vermerk vom 18.02.1963 von Oberleutnant Fischer in einer Einschätzung des IM Roland: „Er [IM Roland] hat den Eindruck, daß seine Arbeit nicht in dem Maße anerkannt wird. Gelegentliche Geldzuweisungen sind für ihn auch nicht ein gleichwertiger Ersatz. Er nimmt aber gern Geld an.“ Ähnliche Formulierungen ziehen sich durch die ganze Akte bis zu seiner endgültigen Pensionierung bzw. der Auflösung des MfS.



Diese Medaille wurde Pfarrer Giebeler 1976 für treue Pflichterfüllung im Ministerium für Staatssicherheit verliehen. Quelle: BStU

In den zahlreichen Einschätzungen werden seine Arbeit und die abgelieferten Informationsberichte in höchsten Tönen gelobt, was – neben seinem Gehalt – weitere Zahlungen rechtfertigte.

1976 erhielt Eckart Giebeler für treue Dienste eine Medaille in Gold „als Zeichen der Anerkennung für ehrliche, gewissenhafte und treue Pflichterfüllung im Ministerium für Staatssicherheit“. Die Urkunde wurde von Erich Mielke unterschrieben.

Neben seinem Festgehalt vom Mdl, den gezahlten Beträgen für entstandene Unkosten bei seiner Spitzeltätigkeit sowie weiteren Sonderzahlungen erhielt IM Roland ab April 1982 zusätzlich 250,- DDR-Mark monatlich direkt vom MfS.

Am 25.11.1981 wurde er in den Stand eines IME (Inoffizieller Mitarbeiter im besonderen Einsatz) erhoben und am 01.07.1983 mit dem Ehrenzeichen der Deutschen Volkspolizei ausgezeichnet. Anlässlich seines 60. Geburtstages erhielt er am 13.10.1985 die „Verdienstmedaille der DDR“.

Im Dienst bis zuletzt

Mitte des Jahres 1989 wurden die Berichte des IM Roland über andere Pastoren und Pfarrer umfangreicher. Viele seiner ehrenhaften geistlichen Kollegen kritisierten den Strafvollzug der DDR bzw. setzten sich für einzelne Häftlinge ein.

Im gleichen Zeitraum hat es laut Akten einen Wechsel bei den katholischen Pfarrern gegeben. Der betroffene Pfarrer hatte es verstanden, sehr menschlich auf die Inhaftierten einzugehen. Dies war IM Roland ein Dorn im Auge, und entsprechend kritisch fielen seine Berichte aus.

Ende August 1989 bemängelte IM Roland gewisse Disziplinlosigkeiten unter den Strafgefangenen und den „Erziehern“ in Brandenburg. Er kritisierte jedoch auch, daß Strafgefangene Tee und Kaffee zwar ganz legal kaufen dürften, sich aber die Tauchsieder selbst herstellen müßten, die dann bei Zellenkontrollen entfernt würden.

Der vermutlich letzte nachweisliche Bericht (Tonbandabschrift), den IM Roland fertigte, entstand am 13.11.1989 über einen katholischen Pfarrer, der ebenfalls als Seelsorger in Brandenburg im Einsatz war. Sein letztes offizielles Treffen mit der Staatssicherheit fand am 23. November 1989 in Giebelers Wohnung statt. Dort

wurde sogar noch einmal vermerkt, daß er mit seinem neuen Führungsoffizier genau so weiterzumachen habe wie bisher! Ein nächstes Treffen wurde für den 14. Dezember 1989 vereinbart. Dazu kam es jedoch nicht mehr.

Ganze 15 Bände mit je 300 Seiten hatte der Major im schwarzen Talar während seiner Karriere akribisch verfaßt. Kurz vor der Auflösung des MfS sind jedoch 14 Bände dem Reißwolf zum Opfer gefallen. Wer den Auftrag zur Vernichtung gab, konnte nicht ermittelt werden. Dank Giebelers äußerst eifriger Berichterstattung bis nach dem Fall der Mauer kam es nicht mehr zur Vernichtung des letzten Bandes.

Daß er Strafgefangene bewußt in den Arrest gebracht oder ihnen weiteren großen Schaden zugefügt hatte, davon wollte Pfarrer Giebeler bei einem Gespräch mit Andreas Beckmann und Regina Kusch („Gott in Bautzen. Gefangenenseelsorge in der DDR“, Ch. Links Verlag, Berlin 1994) nichts gewußt haben. Wie grotesk klingen seine Worte, er wollte den „Menschen helfen“.

Kirchliche Aufarbeitung

In einer Stellungnahme des Presse- und Öffentlichkeitsbeauftragten der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz von 2013 heißt es:

„Pfarrer Giebeler war [...] informeller Mitarbeiter der Stasi. Er wurde dort mit dem Namen Roland geführt und hat diesen Namen in Dokumenten auch scheinbar selbst verwendet. Inwiefern er das Seelsorgegeheimnis gebrochen hat, lässt sich leider nicht mehr ermitteln. Da die Personalakte bereits im Archiv ist und eine Bestellung einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen würde, kann ich derzeit nicht sicher sagen, ob ein kirchliches Disziplinarverfahren gegen ihn angestrebt wurde. Die Landeskirche hatte in den 90er Jahren eine Kommission eingesetzt, die in Verdachtsfällen eine breit angelegte Überprüfung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchführte. Nach Aussagen von Zeitzeugen ist ein Disziplinarverfahren wahrscheinlich nicht geführt worden und zwar aus zwei Gründen: Giebeler war zur Zeit der Untersuchung der Stasi-Verstrickung kirchlicher Mitarbeiter bereits im Ruhestand. Schwerer wiegt, dass er laut der Zeitzeugenaussagen nicht mehr Pfarrer unserer Kirche war. Beim Eintritt in die Gefängnisseelsorge wurde er Mitarbeiter des Ministeriums des Inneren. Leider hat Pfarrer Giebeler im Nachhinein scheinbar nicht offen über seine Tätigkeit

als IM gesprochen. Dies ist ihm vorzuzuerfen. Bezogen auf den Bruch des Seelsorgegeheimnisses gilt nichtsdestotrotz weiterhin die Unschuldsvermutung.

Insgesamt wird man festhalten müssen: Die Gefängnisseelsorge in der DDR bedeutete eine Gratwanderung. Ohne eine Kooperation mit den staatlichen Stellen wäre ein Kontakt zu Häftlingen sicher unmöglich gewesen. Der Bruch des Seelsorgegeheimnisses wäre allerdings ein schwerwiegendes Vergehen der Pfarrer, das den Opfern womöglich zusätzliches Leid zugefügt hätte. [...]“

Ein Häftling aus dem Zuchthaus Brandenburg behauptet: Unser Pfarrer ist ein SSD-Agent

Berlin, 6. Juni, aus
Ein ehemaliger „DDR“-Häftling beschuldigt den evangelischen Gefängnisgeistlichen des Zuchthaus Brandenburg, Pfarrer Giebeler, ein Offizier des SSD zu sein.
Der ehemalige „DDR“-Häftling, der jetzt in den Westen entlassen worden ist, erhob diese Beschuldigungen bei der Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen.
Oberstaatsanwalt Carl Hermann Ketemeyer, der Leiter der Zentralstelle, bestätigte, daß der ehemalige Häftling seine Anzeige gegen Pfarrer Giebeler in vier Punkten zusammenfaßt:
● Der Gefängnisgeistliche ist der einzige Gefangenenseelsorger in der „DDR“ mit Schlüsselgewalt. Er kann sich im Zuchthaus Brandenburg überall frei bewegen.
● Im Gegensatz zum katholischen Pfarrer darf sich Giebeler mit Häftlingen unter vier Augen unterhalten.
● Häftlinge, die sich ihm anvertrauten, wurden später von der Zuchthausleitung zur Rede gestellt. Ein ihm übergebener Brief landete bei der Anstaltsleitung.
● Ein SSD-Offizier sprach (vermutlich aus Versehen) Pfarrer Giebeler mit dem Satz an: „Nehmen Sie Platz, Genosse Hauptmann.“

Aus der BILD-Zeitung vom 6. Juni 1979.
Quelle: BStU

Eine Entschuldigung bei den Opfern sieht freilich anders aus.

Die Causa Giebeler zeigt, daß bei der Evangelischen Kirche noch immer Aufklärungsbedarf besteht.

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonnabends, am 31. Mai sowie am 7. 14., 21. und 28. Juni, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

Die Kirchturmuhre

Wie ein Pastor in der DDR seine Botschaft an höchster Stelle verkündigte

Von Christian Martin Lappe

Unser Vater Herwarth Lappe war evangelischer Pastor in Arzberg, einem Ort nahe Torgau an der Elbe. Vor und auch während des Krieges war er Mitglied in Dietrich Bonhoeffers „Bekennender Kirche“, der er schon Anfang der 30er Jahre beitrug. So erklärt sich auch sein Engagement in der Zeit nach dem Krieg, als Pastor in der DDR. In Arzberg, wo er bis 1960 eine Kirchgemeinde versorgte, hatte er, zumal es in der DDR an Pastoren mangelte, neun weitere, zum Teil weit auseinander liegende Gemeinden zu betreuen. Diese besuchte er im Dienst mit seinem alten DKW-Motorrad. Ich erinnere mich noch an so manche von ihm ausgeführte Reparatur und daß ich immer zuschaute und ihm gelegentlich half.

Zur Zeit, als unsere Familie in Arzberg wohnte, war Deutschland in Ost und West geteilt. Wir lebten in der von den Russen kontrollierten Ost-Zone. Doch die Grenze war noch nicht so undurchlässig, wie sie es ab 1961 nach dem Bau der Berliner Mauer wurde. Die Verwaltung der Evangelischen Kirche war damals für ganz Deutschland noch einheitlich. Otto Dibelius war, mit Sitz in Berlin, Bischof für die Evangelische Gesamtkirche. Als im Jahr 1961 die DDR-Behörden Bischof Dibelius die Einreise in den Osten verweigerten, übertrug die Kirchenleitung Präses Kurt Scharf die bischöflichen Befugnisse für die Kirche in der DDR. Doch wurde auch er umgehend nach West-Berlin ausgewiesen. Dies verdeutlicht,

wie das kommunistische Regime der DDR nach dem Bau der Mauer die Kirche noch stärker unterdrückte und einschränkte.

Da unser Vater in technischer Hinsicht viel Talent besaß, konnte er, was ja in Ostdeutschland immer von Vorteil war, alles mögliche reparieren oder anderweitig ersetzen. Zu jener Zeit bestanden Verbindungen zur Kirche in Westdeutschland, und es existierten Beziehungen, Patenschaften genannt, zwischen Kirchgemeinden in der DDR und der Bundesrepublik. Die Unterstützung aus dem Westen half den Kirchgemeinden im Osten sehr. Das wurde in jenen Jahren zwar von den Kommunisten nicht gern gesehen, sondern kontrolliert und überwacht, jedoch noch nicht völlig unterbunden. Es war sogar möglich, daß die Kirchgemeinde Arzberg Baumaterial aus dem Westen erhielt. Vater kam auf diese Weise auch an Dinge, die in der DDR nur schwer aufzutreiben waren, unter anderem Kupferblech, welches er für das Restaurieren des Wetterhahns auf der Turmspitze der Arzberger Kirche benötigte. Bei diesem Restaurierungsunternehmen bin ich einmal, als ein Gerüst bis zur Kirchturmspitze angebracht war, ohne daß jemand davon wußte, bis zum neuen Hahn hinaufgeklettert. Nachbarn machten unsere Mutter darauf aufmerksam. Sie fiel fast in Ohnmacht, als sie mich dort oben sah...

Die Restaurierung des Wetterhahns war jedoch nicht das einzige Unternehmen, das unser Vater ohne viel zu fragen an der Arzberger Kirche durchführte. Eine andere Aktion versetzte später den ganzen Ort in Aufregung. Vater hatte in einem Kirchenarchiv gelesen, wie ein Pastor die Turmuhr seiner Kirche radikal veränderte. Er renovierte die Zifferblätter, weil die Zahlen kaum noch zu lesen waren.

Allerdings hatte er bei dieser Gelegenheit anstelle der Zahlen Worte bzw. Sprüche auf die Zifferblätter malen lassen. Die Wirkung bestand darin, daß man zwar die Zeit erkennen konnte, doch wer zur Uhr sah, mußte gleichzeitig die Sprüche lesen. Das gefiel meinem Vater, und er nutzte diese Idee für die Zifferblätter seines Kirchturms.

Die Arzberger Kirche ist eine große, im gotischen Stil gehaltene Kirche. Sie wurde in den Jahren 1904/1905 erbaut. Für den relativ kleinen Ort ist sie eigentlich etwas groß ausgefallen. Sie wurde auf einem Hügel errichtet, wodurch der hohe Turm weithin sichtbar ist. So war diese über die Zifferblätter vermittelte Botschaft ebenfalls weithin zu sehen. Dies war jedoch in einem kommunistischen Staat wie der DDR für meinen Vater ein gefährliches Unterfangen: der Inhalt der Botschaft stellte den Wert und die Alleingültigkeit der kommunistischen Ideologie in Frage.

Nun war es an und für sich erforderlich, daß unser Vater bei Staat und Kirche hätte anfragen bzw. um Genehmigung nachsuchen müssen. Das tat er jedoch nicht, weil er eine positive Entscheidung von den SED-Behörden und auch von der Kirchenverwaltung nicht erwartete. Er baute auf sein Gottvertrauen und unternahm ohne viel zu fragen, was er seinem Gewissen gegenüber für richtig hielt. Die mannshohen Zifferblätter wurden vom Turm abgebaut, und eins nach dem anderen wurde im Kirchenvorraum restauriert. Bei dreien ersetzte Vater die Zahlen durch Worte, beim vierten erneuerte er nur die Zahlen. Auf dem ersten Zifferblatt stand: JESUS CHRISTUS, auf dem zweiten HERR DER WELT, auf dem dritten DIR MEIN LEBEN und auf dem vierten die Zahlen.

Eigenartigerweise hatten sich die kommunistischen Kontroll-Organen, der Bürgermeister, die Polizei und die Staatssicherheit, bis zu dem Zeitpunkt, als die restaurierten Zifferblätter wieder installiert werden sollten, ruhig verhalten. Niemand hatte ihnen das Vorhaben des „Klassenfeindes von der Kirche“ verraten. Vater hatte eine Art Flaschenzug aus Seilrollen gebaut. Mit dem haben wir die Zifferblätter an der Außenseite des Turmes einzeln



Pastor Herwarth Lappe mit seinen unorthodoxen Zifferblättern.

hochgezogen. Alles lief bestens, ich habe die Zifferblätter unten am Flaschenzug festgemacht, mein Vater hat sie dann oben auf der Etage des Uhrwerks im Turm nach innen geholt und das Seil wieder heruntergelassen. Als nur noch ein Zifferblatt unten, an die Turmwand gelehnt, auf „Transport“ wartete, hörte ich meinen Vater oben aus dem Turm laut rufen: „Christian, häng an! Christian, häng an!“ Ich wußte nicht, warum er es auf einmal so eilig hatte, beeilte mich aber, das letzte Zifferblatt anzuhängen. Als ich mich umdrehte, sah ich, warum mein Vater so drängte. Drei Männer kamen den Kirchberg heraufgerannt. Es waren Bürgermeister Weiß, den jeder kannte, Ortspolizist Noack, der immer leicht zu erreichen war, weil er ja im Polizeihaus wohnte, und ein mir unbekannter Mann von der Staatsicherheit. Sie riefen: „Aufhören, sofort aufhören, das ist verboten!“ Mein Vater störte sich nicht an ihrem Geschrei und zog das letzte Zifferblatt an der äußeren Turmwand hoch. Als die Männer mich nun fast erreicht hatten, rannte ich in den Kirchturm und die Treppen hinauf. Dort bemerkte ich, daß Vater die Leiter, die zur Uhrwerk-Etage führte, hochgezogen hatte. Somit war den drei SED-Bevollmächtigten und auch mir der Zugang nach oben verwehrt. Wir konnten Vater und die Zifferblätter zwar sehen, aber ohne Leiter nicht erreichen. Demzufolge kam es nicht zu Handgreiflichkeiten oder gar zur Beschlagnahme der Zifferblätter, sondern nur zu einem lauten Disput.

Die SED-Genossen riefen hinauf zu meinem Vater: „Wir wohnen in einem sozialistischen Ort, und wir wollen die Zeit am Kirchturm sehen und nicht Ihre christlichen Sprüche!“ Vater erwiderte darauf: „Wir Christen müssen jeden Tag die gegen die Kirche gerichteten Angriffe der SED im ‚Neuen Deutschland‘ lesen! Diese Sprüche drücken nur das aus, was unseren Glauben ausmacht!“ So ging es noch eine Weile hin und her, bis die Genossen genug hatten von ihrem sturen Pastor. Und nachdem sie noch mit weiteren Maßnahmen drohten, wenn die Zifferblätter nicht sofort entfernt und auf Zahlen umgestellt würden, verließen sie den Kirchturm. Vater jedoch ließ sich nicht aus der Ruhe bringen, wir arbeiteten weiter, bis es dunkel wurde; haben dann nur die Kirchturmtür etwas sorgsamer als sonst abgeschlossen und sind nach Hause gegangen.

Am folgenden Tag war es Ortsgespräch, denn jeder schaute irgendwann mal

zur Kirchturmuhr hinauf und las zwangsläufig, was dort nun anstelle der Ziffern geschrieben stand. Ob sie Kirchenbesucher waren oder Parteigenossen – lesen konnten sie ja alle. In unserer Familie war die Lage sehr angespannt, wußten wir doch nicht, wie die kommunistische Ortsbehörde nach dieser Konfrontation am Kirchturm reagie-

ren würde. Aber es geschah nichts am folgenden Tag, wie auch in der nächsten Woche. Vater erhielt eine Vorladung, mußte beim Superintendenten in der Kreisstadt Torgau erscheinen. Dort wurde er aufgefordert, die Zifferblätter wieder in den Originalzustand zu bringen – was er jedoch einfach nicht tat. Auch von den Ortsbehörden wurde er aufgefordert, die Zifferblätter in den alten Zustand zurückzusetzen, doch diese Aufforderung ignorierte Vater ebenfalls. Unsere Familie war in banger Erwartung dessen, was nun geschehen würde. Aber nichts von dem geschah, was wir befürchteten. Vater erzählte später, er habe vertraulich von einem SED-Mann erfahren, daß die Genossen zwar in der Parteiversammlung absprachen, per Eingriff und Beschlagnahme die Angelegenheit zu erledigen. Einige jedoch befürworteten, die Kirche (den Pastor) in Ruhe zu lassen. Die Genossen fürchteten wohl abergläubisch, wenn sie sich an der Kirche vergreifen würden, könnten sie sich einen Fluch auf den Hals holen. Eventuell könnte der Blitz sie treffen, falls es den lieben Gott doch gäbe. Auch Tierarzt Dr. Gerhard Schröder, ein geehrter und von allen Bauern geschätzter Mann in diesem Ort auf dem Lande, sagte zu der Sache: „Laßt den Pastor in Ruhe, es ist seine Kirche, da kann er dranschreiben, was er will...“

Die Lage beruhigte sich. Vater hatte bei der Superintendentur in Torgau erreicht, daß man, wenn die Ortsbehörde die Zifferblätter nicht beanstandete, auch seitens der Kirche den Fall für erledigt hielt. Die Zifferblätter blieben also am Turm, und für viele Jahre war nun dieser öffentliche Zweifel an der Allmacht des Kommunismus weithin im Umkreis zu sehen.



Fotos: Lappe

Christliche Botschaft vom Arzberger Kirchturm.

Bis dann ca. 1985 die Kirche restauriert und alles wieder in den ursprünglichen Zustand versetzt wurde.

Im Mai 1970 wurde Herwarth Lappe, inzwischen Pfarrer von Beucha bei Leipzig, mit 57 Jahren des Amtes enthoben. Er hatte weder Kirche noch Staat gehorcht. 1974 erhielten er und seine Frau den Ausweisungsbescheid vom Rat der Stadt Wurzen, danach hätten sie innerhalb von 48 Stunden die DDR verlassen müssen. Doch sie hatten noch zwei minderjährige Kinder in der DDR. Ein Freund in der schwedischen Kirche erreichte, daß sie vorerst bleiben durften.

Von den sechs Kindern der Familie wurden fünf freigekauft, vier nach politischer Haft: Christian Martin Lappe nach viermonatiger Verhaftung und Inhaftierung – 1961 mit 18 Jahren wegen Fluchtgefahr, 1965 bei einer Demonstration von Jugendlichen in Leipzig, 1968 wegen eines von ihm verfaßten Briefes mit Fluchtgedanken, 1970 wegen Fluchtversuchs von Ungarn nach Jugoslawien; Ende 1971 nach der Haft in die Bundesrepublik entlassen. Maria Lappe – verhaftet 1970 mit 19 Jahren wegen Fluchtversuchs, versteckt zwischen Rücksitz und Motor eines Pkw; 1971 aus der Haft in die Bundesrepublik entlassen. Viktor Lappe – verhaftet 1970 mit 18 Jahren wegen Fluchtversuchs über die grüne Grenze; 1971 nach der Haft in die Bundesrepublik entlassen, 1980 nahm er sich das Leben, wie er es schon einmal im Zuchthaus versucht hatte. Andreas Lappe – 1973 verhaftet; 1977 nach vierjähriger Haft mit 21 Jahren in die Bundesrepublik ausgewiesen. Friedeburg Lappe – 1975 in die Bundesrepublik ausgewiesen. Monika Lappe blieb in der DDR.

Die Wucht der Bilder

Zwei Ausstellungen zur DDR-Geschichte in Rostock

25 Jahre nach dem Mauerfall hat sich äußerlich viel verändert im Osten Deutschlands. Auch die innere Einheit ist zumindest in den letzten Jahren ein Stück vorangekommen. Interessant ist es zu beobachten, wie zeitgeschichtliche Themen dargestellt werden und wie sich gerade der Ostdeutsche in der bundesdeutschen Realität wahrnimmt. In Rostock hatte der historisch interessierte Museumsbesucher in den ersten Monaten des Jahres 2014 gleich zweimal die Mög-



Walter Womacka: „Am Strand“, 1962, Öl auf Leinwand, 94 x 113 cm, Leihgabe der BRD in der Galerie Neue Meister, Staatliche Kunstsammlungen Dresden.

lichkeit, sich unter diesen Gesichtspunkten mit DDR-Vergangenheit auseinanderzusetzen. Die in privater Trägerschaft befindliche Kunsthalle widmete sich mit ihrer Exposition „Bilder machen Schule“ Kunstwerken in DDR-Schulbüchern. Im städtischen Kulturhistorischen Museum war eine Ausstellung mit dem Titel „Endlich eine Neubauwohnung – Ideal Wohnen in Rostock“ zu sehen. Man muß beide Ausstellungen an ihrem eigenen Anspruch messen und an der zeitgeschichtlichen und fachlichen Einordnung der jeweiligen Inhalte.

Die Ausstellung in der Kunsthalle setzte sich als Ziel, den „Prozeß einer Funktionalisierung bildkünstlerischer Werke in der DDR im Bereich der schulischen Bildungsarbeit“ darzustellen. Sie war zugleich eine wichtige umfangreiche Präsentation zu einem Einzelthema des sozialistischen Realismus. Das „Gespenst des Kommunismus“ spukte bei einer oberflächlichen ersten Betrachtung ganz mächtig durch die Ausstellungsräume, zu sehr wirkten die großformatigen Kunstwerke in ihrer plakativen, propagandistischen Bildsprache. Bei näherem Hinschauen konnte man allerdings erleichtert feststellen, daß es den Machern

durchaus gelungen war, die Werke mit Begleittexten und Kommentaren richtig einzuordnen. Chronologisch wurden Beispiele des „Bitterfelder Weges“, der zur Ausprägung einer „sozialistischen Nationalkultur“ führen sollte, und der Malerei der 70er und 80er Jahre präsentiert. War der „Bitterfelder Weg“ u.a. noch durch idealisierte heroische Arbeiterbilder geprägt, die ganz dem ideologischen Auftrag genügen mußten, zeigten die Bilder der 70er und 80er Jahre durchaus subtiler und teilweise realistischer die Lebenswirklichkeit des DDR-Bürgers. Als interessanten Kontrast stellte die Kunsthalle gleichzeitig Adaptionen der ausgestellten Werke den Originalen entgegen, die vom Hallenser Künstler Moritz Götze im Stil der Pop Art angefertigt wurden. Gerade dadurch gelang es, den monumentalen, ideologisierten Werken etwas von ihrer Schwere zu nehmen und sie in Frage zu stellen. Zusätzlich zur Ausstellung gab es ein umfangreiches Begleitprogramm aus Podiumsdiskussionen, Vorträgen und Gesprächen.

Die Ausstellung im Kulturhistorischen Museum versuchte eine Darstellung des Wohnungsbaus und der städtebaulichen Entwicklung in der ehemaligen DDR am Beispiel der Neubebauung Rostocks nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Titel „Endlich eine Neubauwohnung – Ideal Wohnen in Rostock“ irritiert. Oder sollte er provozieren? Die Frage muß unbeantwortet bleiben, der zuständige Leiter des Museums stand trotz mehrfacher Anfragen für ein Interview leider „aus Termingründen“ nicht zur Verfügung. Der Titel ließ zumindest eine sehr unkritische Sicht auf das komplexe Thema vermuten. Dieser Eindruck wurde bei eingehender Betrachtung des Gezeigten auch nicht wirklich entkräftet. Chronologisch wurde auf Tafeln die Entstehung der einzelnen neuen Stadtteile dargestellt, illustriert durch großformatige Schwarz-Weiß-Bilder, die – wohl ungewollt – die ganze Tristesse der Plattenbauschlafstädte sehr plastisch vor Augen führten. Nur in Anflügen gab es in dieser Ausstellung Hinweise auf politische Zusammenhänge, die sich aber im Gesamtgefüge verloren und untergingen. Für den Besucher entstand im großen und ganzen

der Eindruck, daß gut war, was damals geschah. So sprach der Ankündigungstext auf der Internetseite des Museums denn auch von „städtebaulichen Visionen“ der damaligen Protagonisten, und in einem Ausstellungsraum lief ein Propagandafilm aus den 60er Jahren, bei dem man sich fragte, warum er gezeigt wird. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Macher im wesentlichen noch heute von der sozialistischen Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik überzeugt sind. Kein Wort war zu lesen über verfallene Innenstädte, über hoch verschuldete Wohnungsunternehmen, die durch den kommunistischen Subventionsirrsinn und fehlende Kostendeckung aufgrund politisch extrem niedrig gehaltener Mieten nicht in der Lage waren, ihren Immobilienbestand ordnungsgemäß zu bewirtschaften, geschweige denn Mittel für Ersatzinvestitionen bereitzustellen.

Gerade zum hochemotional besetzten Thema „Sozialpolitik“, welches untrennbar mit dem staatlich dirigierten Wohnungsbau in der ehemaligen DDR verbunden war und noch heute von vielen Ostdeutschen verklärt wird, wären Aufklärung und Hintergrundinformationen notwendig gewesen. Letztendlich haben genau diese wirtschaftlichen Mechanismen, denen auch die DDR unterlag, den „sozialistischen deutschen Staat“ in den Ruin getrieben. Dieser Exposition ist eine objektive, politisch-historische Einordnung leider nicht gelungen. Unter dem Aspekt des Bildungsauftrages, den ein Museum der öffentlichen Hand ohne Zweifel hat, ist das fatal.

Jörg Plath



Moritz Götze: „Peter im Tierpark“ (nach Hakenbeck), 2003, Öl auf Leinwand, 140 x 100 cm, Besitz Künstler.

„Revolution ohne Revolution“

Zeitenwende 1989. Bilanz und Perspektiven der Aufarbeitung – 18. Bundeskongreß der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und der Bundesstiftung Aufarbeitung mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen vom 25. bis 27. April 2014 in Dresden

(st) Angesichts des großen Erinnerungsjahres 2014 könne man meinen, Gedenktage dienten der Bewirtschaftung von Vergangenheit, sagte der Politikwissenschaftler Dr. Manfred Sapper von der Zeitschrift Osteuropa in seinem Eröffnungsvortrag. 100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg sei die Ohnmacht der Diplomatie so groß, daß sich Europa in der größten Krise seit der Kuba-Krise befinde, und er sei nicht sicher, ob der Konflikt auf die Ost-Ukraine begrenzt bleibe. Sapper stellte zwei Thesen auf: Was seit November 2013 in der Ukraine passiere, sei die Fortsetzung dessen, wofür die Menschen in Mittel- und Osteuropa 1989 auf die Straße gegangen seien. Und die Reaktion darauf bedeute eine geschichtliche Zäsur. Nach Einschätzung Sappers ist die Europäische Union nicht in der Lage, adäquat zu reagieren.

Das Jahr 1989 müsse man im Kontext seiner Vorgeschichte betrachten. Dazu gehörten die russischen Dissidenten der 60er Jahre, Bewegungen wie Charta 77 und Solidarność, aber auch die Wirtschaftskrise in der Sowjetunion, die zu einer Legitimitätskrise führte. Gorbatschow habe mit seinen Reformen keinesfalls den Kommunismus abschaffen, sondern konkurrenzfähig machen wollen. Als er aber die Einmischung in die Angelegenheiten der Satellitenstaaten beendete, seien deren nationale Regierungen ebenfalls in eine grundlegende Legitimitätskrise gekommen. „1989 war eine Revolution ohne Revolution“, erklärte Sapper, eine Revolution am Verhandlungstisch, und – mit Ausnahme Rumäniens – ohne Tod und Gewalt. „Das moralische Fundament des Kommunismus war 1989 zusammengebrochen“, aber auch das Zukunftdenken. Erinnerung als gesellschaftliche Aufgabe gebe es erst seit 1989. Für die Sowjetunion habe dieses Jahr jedoch keine Rolle gespielt. Als ihre Auflösung mit Gewalt erfolgte, „haben wir weggeschaut, weil der Richtige schoß“. Die meisten staatsformenden Institutionen seien jedoch erhalten geblieben. Sapper nahm dann auf den Historikerstreit in der Bundesrepublik Bezug. Er halte es für völlig unsinnig, Stalinismus und Nationalsozialismus nicht vergleichen zu dürfen. Vergleich sei eben gerade nicht

Gleichsetzung, und er zitierte als vorbildlich die Formulierung des Historikers Prof. Dr. Bernd Faulenbach: „Die Erinnerung an den Stalinismus darf den Holocaust nicht relativieren. Die Erinnerung an den Holocaust darf den Stalinismus nicht trivialisieren.“ Sapper schloß seinen Vortrag mit einem Hinweis auf die Kehrseite der Erinnerungskultur. „Heute wissen wir mehr über gestern als über heute“, aber „Vergangenheit und Gegenwart durchdringen einander“.

Das erste Podiumsgespräch am nächsten Tag untersuchte die Geschichtsbilder von 1989/90 im Wandel. Der These, die ukrainischen Ereignisse seien die Fortsetzung von 1989, wollte Basil Kerski, Leiter des Europäischen Solidarność-Zentrums Danzig, nicht ungeteilt zustimmen. Die Demonstranten auf dem Maidan umfaßten verschiedene Generationen, für die das Geschehen auch unterschiedliche Bedeutung habe. Die Ukraine sei zwar ethnisch nicht homogen, aber eine Nation. János Can Togay, Direktor des Collegium Hungaricum Berlin, erläuterte

die Spaltung der heutigen ungarischen Gesellschaft. Dies habe viel zu tun mit der Art und Weise, wie seit 1989 die Transformation verlaufen sei. Dr. Rainer Eckert, Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig, wertete das 20. Jahrhundert als Kampf zwischen den Herrschaftsformen Diktatur und Demokratie. Ein wirklicher Durchbruch bei der Erinnerung an 1989 sei noch nicht erreicht. Die Friedliche Revolution werde im Westen oft noch als regionalgeschichtliches Ereignis angesehen. Dort sei der Holocaust Erinnerungsschwerpunkt, während im Osten die GULag-Erinnerung hinzukomme. Überdies habe sich der neue gewaltlose Revolutionstyp nicht fortgesetzt.

Im zweiten Podium diskutierten die Teilnehmer über Anerkennung und Rehabi-

litierung von kommunistischem Unrecht, wobei der Schwerpunkt auf Anerkennung lag. Utz Rachowski, Berater beim Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, nannte Ostdeutschland „die unversöhnte Provinz“, in der nach wie vor im Blick auf die DDR zwei Lager existierten. Die Opfer beschwerten sich häufig über die heutige Gesellschaft. Jure Knezović, Vorsitzender der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus, beschrieb die Konstellation in Kroatien. Einerseits seien die ehemaligen politisch Verfolgten zufrieden mit der Wiederherstellung des kroatischen Staates, andererseits werde der Kommunismus nicht verurteilt und die Kinder früherer Kommunisten seien heute die Politiker.



Der Kongreß fand im Sächsischen Landtag statt, dessen Präsident, Dr. Matthias Röbler, Schirmherr der Tagung war.


Carola Schulze, Beraterin bei der UOKG, schilderte die allein schon vom kalten Behördendeutsch verursachten Enttäuschungen bei vielen Opfern und führte einen Fall aus ihrer Beratungspraxis an. Nach fünf Jahren Kampf um die Anerkennung von Gesundheitsschäden habe ein Mann gesiegt und zu ihr gesagt, er könne sich einfach nicht freuen. Anne Drescher, Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen von Mecklenburg-Vorpommern, merkte an, daß sich Anerkennung keinesfalls auf die Beratungsgespräche beschränken dürfe, „das muß raus in die Öffentlichkeit“. Dort müsse man der Verharmlosung entgegenreten. Marko Schiemann, rechtspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag, forderte, einen Grundkonsens darü-

ber herzustellen, was für die Opfer getan werden muß. Er schäme sich dafür, daß sich einigen Opfergruppen erst so spät zugewendet wurde. Keine Gruppe dürfe mehr vergessen bleiben. Carola Schulze fügte hinzu, die beste Form der Würdigung und Anerkennung politisch Verfolgter sei eine schnelle Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Vorhaben bezüglich Erhöhung der Opferpension und Verbesserung der Anerkennungsverfahren haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden. Wichtig wäre auch, Entschädigungsmöglichkeiten für bisher vergessene Opfergruppen zu schaffen und das Rentenunrecht bei ehemaligen DDR-Flüchtlings zu beseitigen. Perspektivisch zu fordern sei eine weitere Erhöhung der Opferpension auf 700 Euro.

Das dritte Podium am letzten Tag der Veranstaltung stellte „neue Blicke auf die DDR“ mit ganz unterschiedlichen Beiträgen vor. Die Schüler Paul Hilbert und Jeremias Kluge vom Gymnasium Einsiedel, Sieger des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten mit dem Projekt „Der stählerne Nachbar – nachbarschaftliche Beziehungen zur Strafvollzugsanstalt Hoheneck“, erläuterten, wie sie sich das

Thema erschlossen hatten. So führten sie Zeitzeugeninterviews mit ehemals Inhaftierten und Wärterinnen, aber auch mit Pfarrern, Technikern, Lehrern und Nachbarn. Neben gründlicher Archivarbeit war für sie vor allem die Vor-Ort-Recherche wichtig. Dabei trafen sie auf unterschiedlichste Reaktionen – von freundlichen Einladungen bis zum Anschreien und Türzuschlagen. Ihnen sei sogar „hinterhospioniert“ worden. Einen ebenfalls ungewohnten Blick auf die DDR warf Dr. Timo Meškank, Historiker und Sorabist an der Universität Leipzig. Seit mehreren Jahren beschäftigt er sich mit der Geschichte der Sorben in der DDR. 2011 brachte er ein Buch heraus, das erstmals auch Maßnahmen des MfS gegenüber dieser slawischen Minderheit thematisierte. Für viele Kongreßteilnehmer völlig neu waren die Forschungsergebnisse, die Prof. Florian Steiger, Direktor des Instituts für Geschichte und Ethik der Medizin an der Martin-Luther-Universität Halle, vorstellte. In einer Poliklinik in Halle habe es eine geschlossene venerologische Abteilung gegeben. Die dort eingewiesenen und unter Verschluss gehaltenen Frauen im Alter zwischen 14 und 50 Jahren seien physisch und psychisch mißhandelt wor-

den. Sie wurden geschoren und mußten jeden Morgen eine gynäkologische Untersuchung über sich ergehen lassen. Dabei seien die wenigsten von ihnen tatsächlich geschlechtskrank gewesen. Steiger sprach von „faschistoider Struktur“ und ging davon aus, daß die Verhältnisse in Berlin-Buch, Leipzig und Rostock ähnlich waren. Die Einweisungen hätten auf einem zentralen Plan der Führung in Berlin beruht. Zum Schluß berichtete Dr. Katja Wildermuth, Leiterin der Redaktion „Geschichte und Gesellschaft“ beim mdr, von den sehr vielfältigen Beiträgen ihres Ressorts zur Erinnerungskultur – mit hohen Einschaltquoten.

Zu den Programmpunkten des Kongresses gehörten auch die, allerdings sehr kurz gehaltenen, Berichte aus den Verbänden, wahlweise Besuche von Gedenkstätten und der Gemäldegalerie sowie eine Dampferfahrt und eine Theateraufführung. Beendet wurde die dreitägige Zusammenkunft mit einer anrührenden Gedenkveranstaltung für Opfer Sowjetischer Militärtribunale von 1951 in der Gedenkstätte Bautzner Straße. Der 19. Kongreß wird vom 8. bis 10. Mai 2015 in Thüringen stattfinden. 

„Freiheit ist ein komplexes Thema“

25. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung am 8. und 9. Mai 2014

(st) Im 25. Jahr nach der Friedlichen Revolution hieß das Thema des 25. Bautzen-Forums: „Aufbruch zur Freiheit. Bürgerrechtsbewegungen in der DDR und Osteuropa“. Den Einführungsvortrag hielt Martin Dulig, Vorsitzender der SPD-Fraktion

im Sächsischen Landtag und der SPD in Sachsen. Er entwarf zunächst das bedrückende Bild einer heutigen DDR, „wenn es nicht geklappt hätte“, zog Vergleiche mit Nord-Korea und China und fragte, wie dann wohl die einzelnen Biographien

barn nach der Vereinigung jedoch sehr schnell vergessen wurden. Angesichts der arabischen und ukrainischen Kämpfe solle man besonders hoch schätzen, daß die Revolution in der DDR friedlich war. Gleichzeitig warnte er vor einer Instrumentalisierung der historischen Ereignisse, und er kritisierte die Neigung, aus Gleichgültigkeit nicht mehr das Wahlrecht wahrzunehmen. Demokratie müsse immer wieder erneuert werden. In seiner Rede forderte Dulig auch die Erhöhung der Opferrente und die Abschaffung der Bedürftigkeitsgrenze.



Gemeinsam gedachten das Bautzen-Komitee und Teilnehmer des Bautzen-Forums der Opfer am Gräberfeld auf dem Karnickelberg.

aussehen würden. „Freiheit ist für mich ein ganz zentraler Begriff“, bekannte Dulig. In seine Schilderung von Vorgeschichte und Etappen der Friedlichen Revolution bezog er häufig eigenes Erleben als damals 15-Jähriger mit ein. Er wies darauf hin, daß die damaligen Geschehnisse eng verknüpft waren mit Ländern wie Polen, Tschechien und Ungarn, diese östlichen Nach-

Gymnasiasten und Berufsschüler der 11. Klassenstufe aus Hoyerswerda hatten sich in einem Projekt zur Friedlichen Revolution in Bautzen mit der Frage „Was bedeutet Freiheit?“ befaßt und stellten ihre Ergebnisse vor. Einig waren sich die Schüler darin, daß der Begriff „Friedliche Revolution“ auch unter Jugendlichen keinesfalls verbreitet sei, es werde von „Wende“ gesprochen. „Freiheit ist ein ziemlich komplexes Thema“, hatte eine Schülerin herausgefunden. Neben der Reise- und

Meinungsfreiheit könne man darunter auch verstehen, zu tun, was man wolle, oder nicht eingesperrt zu sein. Jeder solle seine Freiheit genießen, weil es vielen Menschen noch daran fehle. Die meisten Jugendlichen in ihrem Umfeld machten sich keine Gedanken über Freiheit, weil sie so selbstverständlich sei, stellten die Schüler fest. Während der Beschäftigung mit dem Thema hatten sie begonnen, auch die Haltung von Eltern und Großeltern zur DDR und der Zeit vor 25 Jahren in Frage zu stellen. Sie konstatierten, daß in den Familien oft noch zwischen Ost- und Westverwandten die Mauer im Kopf vorhanden sei. Eine Schülerin resümierte, man müsse bei gesellschaftlichen und politischen Konflikten immer fragen: Woran liegt das? Was können wir tun? Der Erkenntnisgewinn der Jugendlichen und die Art der Darstellung fanden bei den Teilnehmern des Forums große Aufmerksamkeit und wurden mit viel Beifall bedacht.

„Warte nicht auf bess're Zeiten“, hatte Wolf Biermann einst gesungen, und darüber sprach er nun. „Die Leiche lebt“, diagnostizierte er in Hinsicht auf den Kommunismus. Putin sei der wieder aufgestandene Diktator, allerdings mit den moderneren Waffen des Fernsehens und Internets, von denen Stalin nur träumen konnte. Auch das Einsetzen einer Propagandamaschinerie sei eine Form von Gewalt. Nach den Hintergründen seiner Ausbürgerung 1976 befragt, erzählte er, das Politbüro habe damals mit zwei Stimmen Mehrheit beschlossen, ihn nicht zu inhaftieren, sondern auszusperrn. Wäre er in Haft gekommen, hätte ihm die Partei quasi eine Verstärkeranlage gestellt, denn seine Lieder waren damals schon tausendfach kopiert und unter der Bevölkerung in Umlauf. Bevor er nach Köln zum Konzert fuhr, habe er geahnt, daß man ihn nicht wieder ins Land zurücklassen werde. Sein Freund Robert Havemann riet ihm damals, nicht die „allerschlimmsten“ Lieder zu singen. Er hielt sich daran, doch es nützte nichts. Biermann war beeindruckt von dem Protest, der sich nach seiner Ausbürgerung erhob. Es sei in der DDR der größte seit dem 17. Juni 1953 gewesen. Außerdem hätten sich die 13 wichtigsten Schriftsteller des Landes das erste Mal zusammengefunden und gemeinsam protestiert. Als einstiger Kommunist befragt, wo er heute stehe, schilderte er die Geschichte seiner Familie und seine Entwicklung vom kritischen Kommunisten zum kritischen Demokraten. Mit dem moralischen Anspruch eines ehrlichen Kommunisten könne man kein Kommunist bleiben. Der Weg führe nicht ins Paradies, sondern in die Hölle. Er

habe gelernt: „Das Leben in einer kranken Demokratie ist immer noch viel besser als in einer gesunden Diktatur.“

Über die Bürgerrechtsbewegungen in Osteuropa diskutierten anschließend Podiumsgäste aus Polen, Tschechien und Ungarn. Dr. Anna Šabatová von der Karls-Universität Prag, Mitunterzeichnerin der Charta 77 und politisch inhaftiert, erzählte, sie habe sich nichts anderes vorstellen können, als gegen das Regime zu kämpfen. Der von oben verordneten „Normalisierung“ nach 1968 sei erst 1976 eine Mobilisierung vieler Menschen aus unterschiedlichen Schichten und Generationen gefolgt. Daraus sei die Charta 77 entstanden. Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz, Historiker an der Universität Wrocław, beschrieb die Entwicklung des Widerstandes in Polen. Nach dem Zweiten Weltkrieg habe es zunächst den antikommunistischen, antisowjetischen Widerstand bis zur Mitte der 50er Jahre gegeben. In den 60er und 70er Jahren agierte dann eine andere Generation, die schon im Sozialismus aufgewachsen war. Erst 1980 versuchte man, gemeinsam gegen den Kommunismus zu kämpfen. So kam

die Solidarność als Massenbewegung zustande. Prof. Dr. Pál Tamás, Soziologe an der Akademie der Wissenschaften in Budapest, führte aus, daß es in Ungarn keine Bürgerrechtsbewegung gegeben habe, sondern eine demokratische und eine nationalistische Opposition. Die Ereignisse 1956 seien auch kein Aufstand gewesen, sondern ein Bürgerkrieg. Der habe in der späteren Opposition aber keine Fortsetzung gefunden.

Im Zeitzeugengespräch des Forums ging es um Alltag und Widerstand in der SED-Diktatur. Vier Vertreter der Bürgerrechtsgeneration schilderten die Gründe für ihr Widerstehen und wie sie mit den Folgen zu leben hatten. Alle waren politisch inhaftiert. Die meisten prägte früh ein staatsfernes oder -kritisches Elternhaus. „Wir waren viele, die nicht mitmachten“, sagte Renate Ellmenreich, Oppositionelle und Partnerin des in Stasi-Haft verstor-

benen Matthias Domaschk, und meinte damit die kirchlichen Kreise, in denen sie sich bewegte. Auch Katrin Hattenhauer arbeitete mit anderen zusammen, stellte Flugblätter her – z.B. „Geht nicht zur Wahl. Ihr habt keine Wahl“ – und organisierte Protestaktionen. Rocco Schettler stellte als Berufsschüler mit einem Freund ebenfalls Flugblätter her und verteilte sie. Ein Jahr lang konnten sie das fortsetzen, ohne erwischt zu werden. Die Staatssicherheit suchte lange vergeblich in Kirchenkreisen, zu denen die beiden aber nicht gehörten. Ein Großvater Frank Burghardts war im Ersten Weltkrieg gefallen, sein Vater im Zweiten Weltkrieg vermißt. Unter anderem deshalb entschloß sich Burghardt zur Totalverweigerung des Wehrdienstes und wurde dafür 20 Monate inhaftiert. Die Zeitzeugen stimmten



Fotos: N. Radlitz

Am Rande des Forums: Wolf Biermann (Mitte) signiert Bücher, Broschüren, Flyer und was sonst noch signierbar ist.

darin überein, daß sie sich nicht als Opfer, sondern als Täter, als aktiv Handelnde verstanden. Dies sei sehr wichtig für das eigene Selbstverständnis gewesen.

Traditionell hochkarätig besetzt war das Schlußpodium. Zum Thema „Das Ende der DDR, demokratische Parteienbildung im Herbst 1989 und Demokratie heute“ diskutierten Daniela Kolbe MdB, Sprecherin der Landesgruppe Ost der SPD-Bundestagsfraktion, Rainer Eppelmann, 1989 Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs und Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Aufarbeitung, Stephan Bickhardt, 1989 Mitbegründer von Demokratie jetzt, und Dr. Konrad Elmer-Herzig, Mitbegründer der SDP 1989 in Schwante. Den Stand der politischen Entwicklung seit 1989 faßte Rainer Eppelmann zusammen: „Deutschland und Europa sind besser als vorher. Aber wir wissen zu wenig von Europa.“

Der Sühnekreuzweg in Sachsenhausen

In jedem Jahr versammeln sich katholische Christen am Palmsonntag zum Sühnekreuzweg in der Gedenkstätte Sachsenhausen. Am 13. April dieses Jahres hatten sich etwa 220 Teilnehmer um 15 Uhr am großen Museumsgebäude der Gedenkstätte eingefunden.

An drei ausgewählten Stationen wurde an katholische Geistliche erinnert, die in der Zeit des Nationalsozialismus in Sachsenhausen inhaftiert waren. Gestaltet wurde der Kreuzweg von Dekan Michael Ritschel vom Dekanat Oranienburg. Nach einem Gebet wurde bei jeder Station am Schluß gemeinsam das „Kyrie“ gesungen.

Zu Beginn wurde an Pfarrer Albert Wilimsky erinnert, der vom 1. bis 22. Februar 1940 Häftling in diesem Konzentrationslager war und am 22. Februar dort verstarb.

Zweite Station war die „Schuhprüfstrecke“. Den Teilnehmern wurde die grausame Bedeutung dieses Teils des Konzentrationslagers vor Augen geführt. Erinnert wurde dort an den österreichischen Provokateur Dr. Carl Lampert, der vom 30. August bis 13. September 1940 Häftling in diesem KZ war. Er war in der Strafkompanie und dem berüchtigten Schuhläuferkommando zugeteilt. Am 13. November 1944 wurde er in Halle/Saale hingerichtet.



Auf dem Sühnekreuzweg am Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus.

Die dritte Station befand sich auf dem Gelände des „Zellenbaus“. Hier wurde an den Jesuitenpater Rupert Mayer erinnert, der vom 23. Dezember 1939 bis 6. August 1940 Häftling im KZ Sachsenhausen, in Einzelhaft im sogenannten „Zellenbau“ war. Er starb am 1. November 1945, wohl auch an den Folgen der Haftzeit.

Erstmals führte in diesem Jahr der Sühnekreuzweg zum „Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus“. Den Anwesenden wurde erläutert, daß in diesem „Speziallager“ von 1945 bis 1950 etwa 60 000

Männer, Frauen und Kinder inhaftiert waren und in der „Zone II“ nochmals 2000 SMT-Verurteilte unter grausamsten Bedingungen leiden mußten. Bereits am Beginn des Kreuzweges wurde darauf hingewiesen, daß von den Gefangenen des „Speziallagers“ 12 000 zu Tode gekommen sind.

Die Sprecher verlasen Berichte von den Gefangenen Detlef Putzar und Gisela Dohrmann (Gneist).

Anschließend wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß sich in unmittelbarer Nähe dieses Gedenksteins ein Massengrab des „Speziallagers“ mit einem großen Kreuz befindet. Etwa 30 Teilnehmer nahmen die Gelegenheit wahr und gingen zum „Kommandantenhof“. Dort haben Manfred Kuntze und ich als Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 die aufkommenden Fragen der Besucher beantwortet.

Hanns Osterloh

Gedenken anlässlich des Volksaufstandes 1953

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden,

vor 15 Jahren wurde feierlich die Stele auf dem Kaßberg enthüllt.

Erwin Tränkmann schrieb damals: „Dieser Gedenkstein soll nicht nur die Opfer der Gewaltherrschaft von 1945–1989 ehren, sondern auch in Dankbarkeit an die Kameraden erinnern, welche ihren Freunden und Leidensgenossen, die nach 1945 schwere Schicksale durchleben mußten, bei der Aufarbeitung dieser Zeit mit Rat und Tat zur Seite standen und noch stehen.“

Erwin Tränkmann, der am 10. Juli 2004 verstarb, war viele Jahre Vorsitzender der VOS-Bezirksgruppe Chemnitz und hat sich maßgeblich für die Errichtung der Stele eingesetzt. Er erhielt im September 2003 das Bundesverdienstkreuz am Bande. In seinem Sinne wollen wir der Opfer von SBZ/DDR gedenken.

Die Gedenkveranstaltung findet am Dienstag, dem **17. Juni 2014, 11.00 Uhr**, in der Parkanlage gegenüber dem Landgericht (Hohe Str. 23, 09112 Chemnitz) statt.

Wir freuen uns auf Euer Kommen und hoffen auf gute Gesundheit.

Der Vorstand der
VOS-Bezirksgruppe Chemnitz

Aufruf zum 17. Juni in Berlin

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden,

auch in diesem Jahr wollen wir wieder in Berlin-Charlottenburg, am Steinplatz, des 17. Juni 1953 gedenken.

Am Dienstag, dem **17. Juni 2014, 9.00 Uhr**, findet die Gedenkfeier der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft statt.

Wir alle sind aufgerufen, an dieser Veranstaltung teilzunehmen und die Opfer zu ehren. Veranstalter ist die Vereinigung der Opfer des Stalinismus.

Der Bundesvorstand

Suchanzeige

Zeitzeuginnen für Gedenkstätte Hoheneck gesucht

Liebe ehemalige Hoheneckerinnen,

in der Vorstandssitzung des Fördervereins Gedenkstätte Stollberg, Frauenhaftanstalt Hoheneck e.V. wurde am 14. April 2014 beschlossen, ehemalige Hoheneckerinnen anzusprechen, die sich zu besonderen Anlässen (Schülergruppen, besondere Gedenktage etc.) bereiterklären, nach der Eröffnung der Gedenkstätte für Zeitzeugengespräche zur Verfügung zu stehen.

Es findet eine gemeinsame Schulung mit den eigentlichen Führungskräften statt, ebenso werden ein Honorar und Fahrkosten gezahlt. Wir freuen uns auf eine rege Rückmeldung unter kontakt@gedenkstaette-hoheneck.com.

Frau Werner, die unsere Homepage betreut, wird sehr vertrauensvoll die Anmeldungen entgegennehmen und beantworten. Sie erforscht zur Zeit mit Herrn Lindner die Situation in der Haftanstalt Hoheneck während der NS-Zeit und ist sehr engagiert im Förderverein tätig.

Der Förderverein freut sich auf eine lebhaftige Teilnahme, denn Zeitzeugen sind das wichtigste Potential einer Gedenkstätte.

Rosel Werl
Beisitzerin im Förderverein

Neuwahl bei der VOS

(vos) Auf der 30. Generalversammlung der Vereinigung der Opfer des Stalinismus VOS vom 12. bis 13. April 2014 in Friedrichroda wurde Rainer Wagner, Vorsitzender der Union der Opferverbände des Kommunismus UOKG, zum Bundesvorsitzenden der VOS gewählt.

Rainer Wagner erklärte: „Mit den Beschlüssen der 30. Generalversammlung der VOS wurden die Probleme des größten Häftlingsverbandes aufgearbeitet und Wege zur Klärung beschlossen. Es geht jetzt um die Weiterführung der Beratungs- und Betreuungsarbeit von ehemaligen politischen SBZ/DDR-Häftlingen. Die von den Betroffenen erwartete Hilfe kann nur mit einer Stärkung des Senats von Berlin erfolgen. Wir gehen davon aus, daß sowohl die Unterstützung als auch die vertrauensvolle Zusammenarbeit in Kürze weitergeführt werden können.“

Die Generalversammlung beschloß zudem einen Antrag auf Aufnahme in den Dachverband UOKG.

Die Ergebnisse der Vorstandswahl:

Bundesvorsitzender – Rainer Wagner, Stellvertretender Bundesvorsitzender – Hugo Diederich, Stellvertretender Bundesvorsitzender und Schatzmeister – Matthias Katze, Beisitzer: Rainer Buchwald, Bärbel Große, Andreas Herzog, May-Britt Krüger

InterAsso-Präsidium bei Senatspräsident Rumäniens

(ia) Am Rande einer Sitzung des Präsidiums der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus in Bukarest folgten die Präsidiumsmitglieder am 10. April 2014 der Einladung des Präsidenten des rumänischen Senats. Călin Popescu-Tăriceanu sagte: „Es sind nicht viele Dinge in Rumänien diesbezüglich geschehen, jedoch bin ich der Überzeugung, wenn wir schon das Leid der politischen Häftlinge nicht wiedergutmachen können, so können wir doch unsere Anerkennung zeigen für das, was sie in den kommunistischen Kerkern erdulden mußten. Ich habe einiges über diese schwere Zeit, die viele Menschen durchstehen mußten, erfahren, weil es

in meiner Familie auch einen politischen Häftling gab, der viele Jahre eingesperrt war.“

InterAsso-Präsident Jure Knezović erklärte, daß sich seine Organisation bemühe, möglichst viele Informationen über die Entrechtungen, die von den politischen Häftlingen ertragen werden mußten, ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu bringen



Senatspräsident Călin Popescu-Tăriceanu (r.) mit dem Präsidenten der InterAsso, Jure Knezović.

sowie sich für die Errichtung von Denkmälern und Mahnmalen einzusetzen, die an jene Zeit erinnern. „Dies vor allem auch, damit der Totalitarismus nicht wiederkehrt, was unterstrichen werden muß in Anbetracht der totalitären Gefahren, die in den ehemals sowjetischen Ländern gegenwärtig zu beobachten sind.“

Wanderausstellung und Angebot für Kinder in Cottbus

(mzc) „28 Jahre getrennt. Die Folgen des Grenzregimes für die Brandenburger“ – diese neue Wanderausstellung ist bis Ende Juni 2014 in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus (Bautzener Straße 140, 03050 Cottbus) zu sehen. In den Morgenstunden des 13. Augusts 1961 sperrten Einheiten der Volkspolizei, der Kampfgruppen und der Nationalen Volksarmee die Grenzen der DDR zu West-Berlin. Später mauerten Maurer die Türen und Fenster in den Häusern an der unmittelbaren Grenze zu und errichteten einige Tage später eine Mauer zwischen beiden Stadthälften. Das Verlassen der DDR wurde nun zur Lebensgefahr. Der Bau der Mauer in Berlin sollte die Flucht aus der DDR – bis zu diesem Zeitpunkt ca. 2,7 Millionen vor allem junge Menschen – verhindern und die Existenz der SED-Diktatur verlängern. Dennoch versuchten mehrere tausend Menschen, die Grenze zu überwinden.

Einige haben dabei ihr Leben gelassen, andere wurden für mehrere Jahre in Gefängnisse gesperrt, ebenso wie jene aus dem Westen, die ihnen beim Verlassen der Heimat helfen wollten. Auch die innerdeutsche Grenze wurde im Spätsommer 1961 weiter ausgebaut. An diese Ereignisse erinnert die Ausstellung der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur mit Dokumenten, Fotografien und Interviews.

Ebenfalls neu ist das Projekt des Menschenrechtszentrums Cottbus „Ich mach´ mal rüber“. In diesem Projekt setzen sich Kinder und Jugendliche aus Cottbus lebendig und kreativ mit dem Thema „Flucht aus der DDR“ auseinander, indem sie eine thematisch abgestimmte Kletterwand und ein Abenteuerpiel gestalten bzw. absolvieren. In einer Projektgruppe treffen sich Heranwachsende regelmäßig in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus und machen sich in Zeitzeugengesprächen, durch den Besuch der Dauerausstellung und in Diskussionen mit den Gründern, dem Verlauf und den Folgen der Fluchtversuche aus der DDR vertraut. Hierzu entwerfen und gestalten die Projektteilnehmer unter Anleitung eines Erlebnispädagogen, eines Künstlers, eines ehemaligen politischen Häftlings und einer Pädagogin ein Abenteuerpiel und eine dazugehörige Kletterwand, die dauerhaft am Fluchtturm der Gedenkstätte bleibt und im Rahmen der Bildungsarbeit genutzt wird.

Der Hauptwert des Geldes besteht in der Tatsache, daß man in einer Welt lebt, in der es überbewertet wird.

Henry L. Mencken

Den Stacheldraht hingegen kann man gar nicht überbewerten.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Wohn-Haft

Wie totalitäre Systeme funktionieren

Leider erscheinen wichtige Bücher oft in kleinen Verlagen, die es nicht in die Buchhandlungen schaffen. „Wohn-Haft“ von Manfred Haferburg gehört in diese Kategorie. Der heute in Paris lebende Autor beschreibt sein Leben in der DDR. Das Leben eines Menschen, der sich anpassen, Karriere machen und ein bißchen genießen will.

Wenn man aber ein wenig Eigenwilligkeit bewahrt, wie Manni Gerstenschloss, Haferburgs Hauptheld und Alter ego,



Manfred Haferburg: *Wohn-Haft*, KUUUK Verlag 2013, 524 S., 29,- €

gerät man in Kollision. In der Schule, weil die Band, in der man spielt, nicht die vorgeschriebenen 60:40 Prozent von DDR-Titeln und Westsongs einhält, beim Studium, weil man Schwierigkeiten hat, die geforderten Lippenbekenntnisse zum Marxismus-Leninismus abzuliefern, und auf der Arbeit, weil man mitdenkt, statt lediglich Anweisungen zu folgen. Gerstenschloss hatte sich im DDR-Insassenleben eingerichtet, sogar nicht schlecht. Er bekleidet eine leitende Ingenieursstelle im größten AKW der DDR, Lubmin, er bewohnt ein reizendes Häuschen in Greifswald-Wieck am Hafen und besitzt ein Segelboot sowie eine Erlaubnis, damit auf der Ostsee zu schippen.

Alles könnte so schön sein, ist es aber nicht. Das romantische Häuschen für die Familie bewohnbar zu machen, braucht es jahrelange Kämpfe, um das benötigte Material und Handwerker zu bekommen. Im

Atomkraftwerk wird er Zeuge gräßlicher Unfälle, die durch bekannte Unzulänglichkeiten verursacht, dann aber vertuscht werden. Dem Unfallopfer verweigert das Regierungskrankenhaus in Berlin ein dringend benötigtes Hauttransplantat, was zu seinem Tod führt. Der Familie des verunglückten Elektrikers wird keine Hinterbliebenenrente gezahlt, weil der Mann angeblich selbst schuld gewesen sein soll. Die Unfallquelle wird erst beseitigt, als es ein zweites Mal zum gleichen Unglück kommt. Im „Katastrophenwinter“ 1978/79, als in vielen Landstrichen der DDR die Lichter ausgehen, arbeitet die von Gerstenschloss geleitete C-Schicht im AKW 72 Stunden hintereinander. Damit ist das AKW das einzige Kraftwerk der DDR ohne Ausfälle. Der produzierte Strom wird aber vorrangig dafür genutzt, die Mauer in Berlin taghell erleuchtet zu lassen.

Eine dramatische Wende nimmt das Dasein von Gerstenschloss, als er ablehnt, Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit zu werden. Von da an ist er Ziel der „Zersetzungspläne“ der Stasi. Berufliche Mißerfolge werden organisiert, der denkmalpflegerische Zuschuß für die Rekonstruktion seines Hauses wird gestrichen, was ihn fast mittellos macht, weil er gleichzeitig sein gutes Gehalt als leitender Mitarbeiter verliert. Es werden Gerüchte gestreut, die bewirken, daß Freunde und Kollegen einen Bogen um ihn machen. Als der Druck zu groß wird, beschließt Gerstenschloss, über Prag in den Westen zu fliehen. Er wird erwischt und ins Gefängnis in Plzeň-Bory gebracht, wo er ohne Haftbefehl und ohne Anklage Monate festgehalten wird. Die Zustände dort sind so grauhaft, daß ihm das Sta-

sigenfängnis in Berlin Hohenschönhausen später fast paradiesisch erscheint.

In Plzeň sitzt er mit fünf Schwerverbrechern in einer Zelle für zwei. Das Essen, das gereicht wird, ist knapp für drei Personen. Gerstenschloss magert um 20 Kilo ab, wird krank und entgeht dem Tod nur, weil er mit Hunderten anderen in die DDR abgeschoben wird. Per Flugzeug, das auf dem Flughafen Schönefeld auf dem Terminal für Staatsgäste landet. Diese Flüge fanden offenbar erst statt, wenn alle Plätze mit Flüchtlingen besetzt werden konnten. In Hohenschönhausen ist Gerstenschloss die ganze Zeit im Haftkrankenhaus, in dem aber höchstens Notbehandlungen stattfinden. Seinem Zellengefährten wird der Verband an seinem zerschossenen Knie, das nicht operiert wurde, so selten gewechselt, daß sich die Wunde böse entzündet und der Mann in einen Schockzustand gerät. Versuche, die Wache auf den Notfall aufmerksam zu machen, enden damit, daß Gerstenschloss zusammengeschlagen wird. Der Arzt kommt erst am nächsten Tag.

Kurz vor dem Mauerfall wird Gerstenschloss aus der Haft und dann aus der DDR entlassen. Nach der Stasiaktenöffnung muß er feststellen, daß Menschen, die er für enge Freunde gehalten hatte, auf ihn angesetzt gewesen sind. Ein mit seinem Fall beschäftigter Stasioffizier macht in der PDS Karriere und zieht in den Bundestag ein. Gerstenschloss gelingt es erst in Paris, seiner Wahlheimatstadt, sein DDR-Trauma hinter sich zu lassen.

Das Buch von Haferburg ist ein wichtiges Zeugnis dafür, wie es in der DDR wirklich war und damit ein unverzichtbarer Beitrag gegen die „Es war nicht alles schlecht“-Propaganda der SED-Nachfolge-Linken.

Vera Lengsfeld

Im Zweifel gegen den Angeklagten



(VT) Die Schauprozesse gegen Hans Griem und Martin Müller besiegelten das Ende jeglicher sozialdemokratischer Einflüsse unter der Ägide von Albert Schulz in der Rostocker Stadtverwaltung.

„Anhand des Falles Griem hat Ingo Sens die Ohnmacht der deutschen Verwaltungsstellen gegenüber der Besatzungsmacht pla-

stisch dargestellt – zugleich die damals noch bestehende Möglichkeit, das von ihnen befehlsgemäß in Gang gesetzte Unrecht als Unrecht bloßzustellen: Da ist ein Ministerpräsident, der auf Befehl der Besatzungsmacht gegen seine Überzeugung die Anklageerhebung gegen einen Unschuldigen befiehlt – und der dann nach dem Unrechtsurteil den Mut aufbringt,

das ihm formal zustehende Begnadigungsrecht auch tatsächlich auszuüben.“ (Aus dem Vorwort von Peter Schulz) Im Schauprozeß gegen Martin Müller hat die SED ihre Verachtung des Rechts selbst dokumentiert. Er war der Partei als alter Sozialdemokrat und Freund von Albert Schulz suspekt geworden. Die Anklage sollte ihn moralisch vernichten – ihm wurde persönliche Bereicherung vorgeworfen.

Ingo Sens: *Im Zweifel gegen den Angeklagten. Die Schauprozesse gegen die Rostocker Stadträte Hans Griem und Martin Müller*, B Verlag & Medien (eszet-Verlag), Rostock 2009, 158 S., 9,90 €

Veranstaltungen

27.5. (Di), 20.15 Uhr:

„Halbes Land. Ganzes Land. Ganzes Leben“, Lesung mit Autorin Marianne Birthler; Veranstaltung d. Reinhold Gondrom GmbH, Ort: Thalia – Haus des Buches, Dr.-Külz-Ring 12, 01067 Dresden

28.5. (Mi), 17.00 Uhr:

Unterwegs im Archiv. Führung durch den einstigen Sitz der Staatssicherheit in Leipzig; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

28.5. (Mi), 19.00 Uhr:

Die internationale und militärische Lage – Helsinki-Prozeß, Warschauer Pakt und NATO am Ende des Kalten Krieges, Podiumsdiskussion mit PD Dr. Oliver Bange, Zentrum f. Militärgeschichte u. Sozialwissenschaften d. Bundeswehr, Potsdam, Rainer Eppelmann, Pfarrer, DDR-Oppositioneller u. letzter Verteidigungsminister der DDR, Jörg Schönbohm, General a.D., Innenminister d. Landes Brandenburg a.D., Prof. Gert Weißkirchen, Pädagoge, 1976–2009 MdB und Sprecher d. SPD-Fraktion für außenpolitische Fragen; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a. in der Reihe „Vor 25 Jahren – Friedliche Revolution und Ende des Kalten Krieges“; Ort: Collegium Hungaricum Berlin, Dorotheenstr. 12, Berlin-Mitte

29.5. (Do), 18.00 Uhr:

„Mütter ohne Wert – Scheidung in der DDR“, Buchpräsentation der Deutschen Gesellschaft e.V. u.a.; Ort: Europasaal der Deutschen Gesellschaft e.V., Voßstr. 22, Mossepalais, 10117 Berlin

2.6. (Mo), 19.00 Uhr:

Stasi-Kinder. Aufwachsen im Überwachungsstaat, Lesung u. Gespräch mit Ruth Hoffmann, Journalistin; Veranstaltung d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Thüringen, u.a.; Ort: Kreisvolkshochschule „Joseph Meyer“, Obere Marktstr. 44, 98646 Hildburghausen

3.6. (Di), 18.00 Uhr:

„Fürchtet Euch nicht!“ **Glaube im Sozialismus,** Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a. in der Reihe „Erinnerungsort DDR – Alltag, Herrschaft, Gesellschaft“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

3.6. (Di), 19.00 Uhr:

Stasi-Kinder. Aufwachsen im Überwachungsstaat, Lesung u. Gespräch mit Ruth Hoffmann, Journalistin; Veranstaltung d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Thüringen, u.a.; Ort: Volkshochschule Suhl, Heinricher Rathaus, Rathausaal, Meiningener Str. 89, 98529 Suhl-Heinrichs

Der nicht aufgibt

Christoph Wonneberger – eine Biographie

Eine Revolution vergißt oft ihre Väter, nicht alle, aber auch ein Vater der Friedlichen Revolution schien jahrzehntelang vergessen: Christoph Wonneberger. Von ihm handelt dieses Buch. Christoph Wonneberger, oft liebevoll „Wonni“ genannt, war Wegbereiter und zugleich Motor der Friedlichen Revolution. Viele Aktionen, wie die Initiative „Sozialer Friedensdienst“ oder die Friedensgebete und Radsternfahrten waren seine Ideen, die er unkonventionell, zuweilen auch gegen die Kirchenleitung, umsetzte – erst in Taucha, dann in Dresden und später in Leipzig. Ab 1986 koordiniert Wonneberger die Friedensgebete in St. Nikolai. Er erfüllt sie mit neuem Leben, bezieht Bürgerrechtsgruppen ein, wählt brisante Themen. Die Nikolaikirche wird zur öffentlichen Bühne des Protestes.

Strategisches Zentrum der Aktionen bleibt Wonnebergers Lukaskirche. Hier werden Papiere ausgearbeitet, Flugblätter gedruckt und Informationen über das Kontakttelefon ausgetauscht.

Wonnebergers legendäre Predigt beim Friedensgebet am 25. September 1989 bezeichnen viele als eigentlichen Auftakt zur Friedlichen Revolution. Unvergessen auch sein Interview mit den „tagesthem“ vom Lukas-Telefon am 9. Oktober 1989, dem Tag der Entscheidung. Drei Wochen später erleidet Wonneberger einen Schlaganfall und verliert seine Sprache.

Der profilierte Journalist Thomas Mayer erzählt die Lebensgeschichte des in Wiesa geborenen Christoph Wonnebergers anschaulich und mit vielen bisher unbekanntem Fakten. Wegbegleiter, Freunde und Verwandte werden ausführlich befragt, Dokumente ausgewertet. Vor allem aber wird Wonneberger als

politisch handelnde Figur nacherlebbar – auch für Leser, die diese Zeit nicht selbst durchlebt haben. Wie die anderen beiden Bücher Mayers in der Reihe des Sächsischen Landesbeauftragten („Helden der Friedlichen Revolution“ und „Helden der Deutschen Einheit“) ist es eine wissenschaftlich fundierte, dennoch populär geschriebene Biographie, die durchaus auch im Schulunterricht genutzt werden könnte. Zur Anschaulichkeit tragen viele Fotos und exemplarische Dokumente bei. Persönliche und politische Spannungen werden nicht ausgespart, so auch der perfide Versuch der Staatssicherheit, Christoph Wonneberger noch in seiner Studentzeit zu einer Zusammenarbeit zu erpressen. Sehr detailliert beschreibt Mayer das Vorgehen der Staatssicherheit und Wonnebergers Reaktion.

Thomas Mayer gelingt mit der Biographie ein krönender Abschluß der Trilogie Sächsischer Bürgerrechtler: Porträts, in denen er große politische Themen und Konflikte immer mit dem Handeln einzelner in Beziehung setzt. Diese Biographie macht neugierig auf Christoph Wonneberger, der durch sein Handeln den Geschichtsverlauf aktiv mitgestaltete.

Lutz Rathenow
(Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen)



.....
Thomas Mayer: *Der nicht aufgibt: Christoph Wonneberger – eine Biographie*, a.d. Schriftenreihe des Sächsischen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR 14, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 176 S., 9,90 €
.....

Gelebte Geschichte

(VT) Erzählt wird die Biographie eines Jugendlichen, der aus Ostpreußen stammt, in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR aufwächst und im Dresdener Kreuzchor mitsingt. Die historischen Ereignisse und die ideologischen Verhältnisse in der DDR (drei seiner Brüder sind SED-Mitglieder) führen bei dem Protagonisten zu der Erkenntnis, daß er in den Westen gehen muß. Dort studiert er anschließend, kann aber durch die

kluge Taktik seines Vaters gegenüber den DDR-Behörden im August 1961 die Eltern in Dresden besuchen. Dort wird er vom Mauerbau am 13. August 1961 überrascht.

.....
Eberhard Wilms (Hg.): *Gelebte Geschichte – Eine Jugend in Deutschland 1940–1961*. Königsberg-Dresden-München, Books on Demand 2011, 204 S., 12,90 €
.....

Die Solistin

(VT) Edda Schönherz wurde 1944 in Bad Landeck (Schlesien) geboren und machte in der DDR eine Ausbildung zur Journalistin, Moderatorin und Ansagerin. Mit dem Beginn des Farbfernsehens in Ostdeutschland im Oktober 1969 wurde sie bald DDR-weit bekannt. Sie gehörte keiner Partei an und stand den Verhältnissen kritisch gegenüber. Während eines Urlaubsaufenthaltes in Budapest erkundigte sie sich im August 1974 in den Botschaften der Bundesrepublik und der Vereinigten Staaten nach einer Möglichkeit, die DDR zu verlassen. Da die Botschaften observiert wurden, wurde sie einige Tage später in Ungarn festgenommen, ohne daß man ihr strafbare Handlungen nachweisen konnte.

Im September 1974 wurde sie „zur Klärung eines Sachverhalts“ in die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Berlin-Lichtenberg abgeholt und drei Tage später von dort nach Berlin-Hohenschönhausen verbracht. Im Dezember verurteilte man sie wegen „staatsfeindlicher Verbindungsaufnahme“ und „Vorbereitung eines ungesetzlichen Grenzübertretts in besonders schwerem Fall“ zu drei Jahren Zuchthaus. Sie kam in das berühmte Frauenzucht-haus Hoheneck in Stollberg/Erzgebirge.

Nach der Entlassung aus der Haft sollte sie 1977 als Hilfskraft in einer Großbäckerei arbeiten, andernfalls drohte man ihr weitere zweieinhalb Jahre Arbeitserziehungshaft an. Sie fand jedoch eine Anstellung als Fotografin bei der Katholischen Kirche in Berlin. Da sie an dem Ausreiseantrag für sich und ihre Kinder festhielt, konnte sie im August 1979 in die Bundesrepublik ausreisen.

Sie arbeitete in München beim Bayerischen Rundfunk und kehrte 2002 nach Berlin zurück. Seit 2004 führt sie Besuchergruppen durch die Gedenkstätte Hohenschönhausen. Für ihr Engagement für Aufarbeitung von SED-Unrecht erhielt sie 2006 das Bundesverdienstkreuz. Ihr Schicksal ist Inhalt des vorliegenden Buches.

Sie arbeitete in München beim Bayerischen Rundfunk und kehrte 2002 nach Berlin zurück. Seit 2004 führt sie Besuchergruppen durch die Gedenkstätte Hohenschönhausen. Für ihr Engagement für Aufarbeitung von SED-Unrecht erhielt sie 2006 das Bundesverdienstkreuz. Ihr Schicksal ist Inhalt des vorliegenden Buches.



Edda Schönherz: *Die Solistin. Roman einer Frau, die von Deutschland nach Deutschland wollte*, Verlag Edda Schönherz, 2. Aufl. Berlin 2014, 17,45 € (inkl. 2,50 € Porto), Bezug über www.verlag-edda-schoenherz.de

Und der Westen schwieg

(VT) „Es ist wahrhaft erstaunlich, mit wie viel Blut und Tränen, Leiden und Sterben die Hoffnung auf ein freiheitliches, geeintes und demokratisches Deutschland bezahlt werden mußte.“ So schreibt Jochen Stern, Schauspieler, Regisseur und Autor mehrerer Bücher im Vorwort zu seinem Buch über das Schicksal der politischen Häftlinge in der SBZ/DDR.

Sterns eigenes Schicksal, die Verhaftung durch das NKWD in der SBZ, seine Verurteilung vor dem Sowjetischen Militärtribunal (SMT) in Potsdam und sein Leidensweg im „Gelben Elend“ Bautzen verhalten ihm dazu, ein grausames

Kapitel kommunistischer Gewaltherrschaft in der SBZ und DDR gleich einem Chronisten darzustellen.

Stern vermittelt weder Haßgefühle noch Revanchegedanken. Wichtig ist ihm die objektive Schilderung von Menschen-schicksalen und Geschehnissen. Es geht ihm um Fakten, um die menschliche und politische Wirklichkeit. Und dabei bewegt ihn stets die Frage: Warum schwieg bei alledem der Westen?

War es damals nur Appeasement-Politik im Rahmen des Kalten Krieges gegenüber den Ostblockstaaten, ein politisches Kalkül, um „menschliche Erleichterungen“ zu erwirken?

In Szenen, Berichten und Dokumentationen von eindringlicher Aussage und knapper Schilderung offenbart sich bei Stern eine überzeugende Kraft und ein nüchternes Bild des damaligen unmenschlichen Geschehens in der SBZ/DDR. Ihm gelingt mit diesem Buch vor allem der Beweis, daß die inhumanen politischen Willkürakte von Stalins Herrschaft bis in die Zeit unter Honecker keine Änderung erfahren haben.



Jochen Stern: *Und der Westen schwieg. Die SBZ/DDR 1945-1975. Erlebnisse – Berichte – Dokumente, a.d. Reihe Edition DDR Geschichte – Zeitzeugen*, OEZ Berlin-Verlag, Berlin 2014, 394 S., 19,90 €; für die Leser des „Stacheldraht“ bis zum 30.9.2014 20 Prozent Rabatt und portofreie Lieferung innerhalb Deutschlands; Bestellung über OEZ Berlin-Verlag, Tel. (030) 993 93 16, Fax (030) 99 40 18 88, E-Mail verlag@osteuropa-Zentrum.de

Veranstaltungen

4.6. (Mi), 19.00 Uhr:
„Denk bloß nicht, ich heule“, Spielfilm DDR 1965/1990, Regie Frank Vogel, Filmvorführung in der Reihe „Hineingeboren. Kindheit und Jugend in der DDR“; Veranstaltung d. LakD Brandenburg u.a.; Ort: Burg Beeskow, Frankfurter Str. 23, 15848 Beeskow

4.6. (Mi), 19.00 Uhr:
Stasi-Kinder. Aufwachsen im Überwachungsstaat, Lesung u. Gespräch mit Ruth Hoffmann, Journalistin; Veranstaltung d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Thüringen, u.a.; Ort: Hospitalkirche Ellrich, Hospitalstraße, 99755 Ellrich

7.6. (Sa), 19.00 Uhr:
„Wahlprotest: Die Demokratie wird zu Grabe getragen“. Erzählalon, Veranstaltung d. Robert-Havemann-Gesellschaft u.a.; Ort: Sophienkirche, Große Hamburger Str. 31, 10115 Berlin

10.6. (Di), 19.00 Uhr:
Mit dem West-Krankenwagen in die Freiheit. Dr. Sigurd Peters, Medizinaldirektor a.D., berichtet von seinen Erlebnissen; Veranstaltung d. Gedenk-bibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

11.6. (Mi), 19.00 Uhr:
„Halbes Land. Ganzes Land. Ganzes Leben“, Lesung mit Autorin Marianne BIRTHLER; Veranstaltung d. Heinrich-Böll-Stiftung u.a.; Ort: andere buch-handlung, Wismarsche Str. 6/7, 18057 Rostock

12.6. (Do), 18.00 Uhr:
Recht als Waffe – Schauprozeße als Instrument der Herrschaftssicherung in Diktaturen, Podiumsgespräch; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

14.6. (Sa) 18.00–24.00 Uhr:
Die Bautzener Gefängnisse in der „geteilten Welt“. Sonderführungen und Dokumentarfilme zur Langen Nacht der Museen in Bautzen; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

17.6. (Di), 19.00 Uhr:
Rotlichtmilieu in Rostock. Prostitution in der DDR und die Stasi, Ref. Steffi Brüning; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen U-Haft der Stasi in Rostock (DuG), Hermannstr. 34b, 18055 Rostock



„Du Werwolf“

18.6. (Mi), 18.15 Uhr:

Exterritorialer Stasi-Einfluß im Ostblock. Die Aufgaben der MfS-Operativgruppen und ihre Beziehungen zu den kooperierenden Geheimpolizeien; Ref. Dr. Christian Domnitz, BStU, Veranstaltung d. BStU, Abteilung Bildung u. Forschung; Ort: BStU, Bibliothek, (Eingang Haus 31), Karl-Liebknecht-Str. 31/33, 10178 Berlin

19.6. (Do), 19.00 Uhr:

Benutzt und beobachtet. Die Stasi-Akten der Schriftstellerin Brigitte Reimann, Vortrag u. Gespräch mit Dr. Matthias Braun; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden u.a.; Ort: Gedenkstätte Münchner Platz, Münchner Platz 3, 01187 Dresden

24.6. (Di), 19.00 Uhr:

IM „Tänzer“ – Der Tanz und die Staatsicherheit. Buchpräsentation mit dem Autor Prof. Dr. Ralf Stabel, Rektor der Staatlichen Ballettschule Berlin; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

25.6. (Mi), 18.00 Uhr:

„Haft im Frauengefängnis Hoheneck“. Dr. Richard Buchner, Verein Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges KGB-Gefängnis Potsdam e.V., im Zeitzeugengespräch mit Margot Jann und Anita Goßler; Veranstaltung der Vereine Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges KGB-Gefängnis Potsdam e.V. und Memorial Deutschland e.V.; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

25.6. (Mi), 19.00 Uhr:

Wirtschaft und Kalter Krieg – Die DDR-Ökonomie vor dem Kollaps, Vortrag v. Dr. Jens Schöne, Historiker u. Stellv. LStU Berlin; Podium mit Prof. Dr.-Ing. Klaus-Ewald Holst, früherer Vorstandsvorsitzender VNG AG, Leipzig, Dr. Jeannette Madarász-Lebenhagen, Historikerin, Berlin, Prof. Dr. Jörg Roesler, Wirtschaftshistoriker, Berlin, Dr. Jens Schöne; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a. in der Reihe „Vor 25 Jahren – Friedliche Revolution und Ende des Kalten Krieges“; Ort: IHK/Ludwig-Erhard-Haus, Fasanenstr. 85, Berlin-Charlottenburg

2.7. (Mi), 21.30 Uhr: „

Nur, wenn ich lache...“ Kino im Freihof, Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weingangstr. 8a, 02625 Bautzen

(VT) Am 11. Juni 1945 nahm das Leben von Hans-Joachim Wolf, Jahrgang 1928, eine dramatische Wendung. Offiziere des NKWD verhafteten ihn in Wendisch Rietz/Mark Brandenburg mit der Anschuldigung, er wäre ein „Werwolf“. Wiewohl diese Behauptung unbewiesen bleibt, eine Verurteilung faktisch nicht erfolgt, gerät er in das Räderwerk einer politisch motivierten Willkür. Fast fünf Jahre währt seine Odyssee. Zunächst ist er unter anderem in den sowjetischen Speziallagern Weesow und Buchenwald inhaftiert, danach wird er nach Landsberg/Warthe in Polen verbracht und schließlich nach Kraganda deportiert.

Hans-Joachim Wolf schildert dieses Erleben aus dem zeitlichen Abstand mehrerer Jahrzehnte. Er rückt dabei nicht das ihm geschehene Unrecht ins Zentrum, es geht ihm auch nicht um Anklage oder Verurteilung – Hans-Joachim Wolf schildert fast lakonisch einen entwürdigenden Alltag und seine individuelle Strategie sowie jene von Mitgefangenen, wie man in solcher Situation das Überleben sichert.

Selten ist, vermittelt durch einen Betroffenen, so detailliert, so reflektiert und dabei doch auch souverän aus den „Schinderhütten“ (Ernst Jünger) berichtet worden, scheinen die Erfahrungen der gedemütigten Opfer so plastisch auf. Darin liegt die große Stärke dieses Textes.



.....
Hans-Joachim Wolf: „Du Werwolf“. Erinnerungen aus der Zeit von 1945 bis 1950 unter Einbeziehung von Berichten von Julius Cöster und Kurt Biederstädt, Leipziger Universitäts-Verlag, Leipzig 2013, 249 S., 24,- €

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Juni Geburtstag haben

Hans Hintz am 2. Juni, Margrit Schulze am 3. Juni, Rudolf Zenker am 5. Juni, Ursula Geipel am 6. Juni, Ralf-Rainer Felden am 10. Juni, Joachim Jacob, Roland Weise am 12. Juni, Horst Engelbrecht am 14. Juni, Hans Walter am 19. Juni, Bernhard Cofalla am 20. Juni, Anna-Liese Pahl, Helmut Schröder, Klaus-Peter Weiß am 22. Juni, Hans-Joachim Bochow am 23. Juni, Ingeborg Schlünz am 26. Juni, An- >>>

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
 Mo-Fr, 14-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle für ehemalige DDR-Heim- und Jugendwerkhofkinder in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Anlauf- und Beratungsstelle („Fonds Heimerziehung“)
 Tel. (030) 57 79 92 01
 Telefonische Sprechzeit: Mi 10-12 Uhr
 E-Mail Beratung-DDR-Heimkinder@uokg.de

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1
 10365 Berlin
 Tel. (030) 55 49 63 34
 Fax (030) 55 49 63 35
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
 Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

gelika Rösch am 27. Juni, Walter Schulze
am 29. Juni

Auch allen nicht genannten Lesern, die
Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Heinz Assig, Maria Gretchen Behrendt,
Hans-Jürgen Bestehorn, Gerold von Busse,
Marie-Luise u. Jörg Busse, Prof. Dr. Gerd
Dehnert, Eugen Dunzelt, Alfred u. Christel
Feicke, Anneli Fratz, Gisela Großmann,
Karl-Heinz Hager, Dieter Hannß, Bernd
Hartwig, Roland Hasselberg, Hans-Joachim
Heinke, Hans-Jürgen Hüßler, Peter Klepper,
Siegfried Kluge, Detlef Krastel, Ingeborg
Kuhne, Helga Kuhnert, Manfred Langkath,
Hannelore Lüttich, Wolf-Dieter Ohme, Er-
hard Radestock, Helmut u. Renate Rex,
Dr. Walter Schöbe, Kurt F. Scholz, Eva u.
Günter Schreiber, K. Tomaske

Stacheldraht-Konto:
BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DE DB110
Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Eine Diktatur ist eine Regierung, bei der
man in Gefahr gerät, sitzen zu müssen,
wenn man nicht hinter ihr stehen will.

Stanislaw Jerzy Lec

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistic- scher Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)


Bundesvorsitzender: Rainer Wagner
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup
Sprechzeiten: Mo–Do 16–18 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunisticser Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)
und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31,
E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG,
IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG  Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com
Verkaufspreis 1,- Euro
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber,
des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine
Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 3. Mai 2014

